

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

21. Woche für die Zeit vom 20. bis 26. Mai 1899.

Posen, den 29. Mai 1899.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 21 der Praca
vom 21. Mai 1899:

Pfingsten.

... Die früheren slavischen Völker hatten vor der Annahme des Christenthums ihre Naturreligion. Zu den Gebräuchen dieser Religion gehörte in jedem Mai das Frühlingsfest. Die verschiedensten Sitten und Gebräuche waren mit dieser Feier verbunden, alle aber sollten nur das Eine bedeuten, daß, wenn die Natur sich freut, auch die menschlichen Herzen sich der Hoffnung nicht verschließen dürfen. Diese alten Slaven haben bei ihrem Fest unbewußt das empfunden, was später mit dem Licht des Glaubens zu einer bewußten Lebenswahrheit geworden ist, nämlich, daß Licht und Wahrheit die Herrschaft gewinnen müssen und daß sie das Böse und die Finsterniß beherrschen werden und es giebt keinen so strengen Winter, den nicht der Frühling besiegt, kein so großes und furchtbares Unrecht, über welches die Beschützer der guten Sache nicht die Oberhand gewinnen sollten.

Also hoch die Herzen! Mögen die Wolken der Bedrückung fallen, möge vor dem weißen Flügel des Hoffnungsengels das Gespenst der Muthlosigkeit und Verzweiflung verschwinden! Wer für die gute Sache kämpft, muß früher oder später den Sieg davontragen, darf die Hoffnung nicht verlieren. Die schwarzen Wolken und Schatten werden verschwinden, die goldige Sonne wird hervorblicken und ihre Strahlen werden wieder die fruchtbaren Aue, die Aue eines wie einst freien Volkes begrüßen.

Aus Nr. 110 des Oredownik
vom 16. Mai 1899:

Aufruf!

Als zu Beginn der zweiten Hälfte des laufenden Jahrhunderts unsere Volksgesamtheit sich immer mehr den Gedanken, sich in Vereine zusammenzuschließen, anzueignen begann, hat auch in unserer Przemyślaustadt dieser Gedanke fruchtbaren Boden gefunden.

Im Jahre 1874 hat eine Schaar von Bürgern, beeeilt von dem Gedanken des Fortschritts und der Zeit, es als nothwendig erkannt, einen Verein zu

gründen, welcher die gesammte handwerks, industrielle und kaufmännische Jugend unter seiner Fahne vereinigen sollte. Man begründete daher einen Verein unter dem Namen „Towarzystwo Młodych Przemysłowców“, welcher den Zweck hatte, sich gegenseitig zu belehren und bescheiden zu vergnügen. Unser Verein hat zwar verschiedene schwere Proben zu bestehen gehabt; doch hat er ungeachtet der Widerwärtigkeiten stets ausdauernd dem vorgesteckten Ziele zugestrebt. Darum ist der Rückblick auf die Zeitspanne unserer fünfundzwanzigjährigen Thätigkeit auch ein wohlthuender. Um uns nun geistig zu stärken und zur Arbeit Muth zu schöpfen, haben wir nach angenommenem Brauch beschlossen, das 25 jährige Jubiläum der Gründung unseres Vereins festlich zu begehen.

Die Feier wird am 1. und 2. Juli d. J. stattfinden. Alle unserm Verein Wohlgesinnten bitten wir, an dieser Feier so zahlreich als möglich theilzunehmen. Die Industrievereine wollen uns die Anzahl ihrer Delegirten spätestens bis zum 20. Juni schriftlich mittheilen. Die Anmeldungen sind zu richten an den Vorsitzenden Herrn Witkowski. Die ankommenden Delegirten und Gäste wird auf dem Bahnhof eine besondere durch Abzeichen kenntlich gemachte Kommission von Sonnabend Mittag an empfangen.

Nähere Mittheilungen wollen die eintreffenden Gäste im Informationsbureau einziehen, und zwar am Sonnabend im Hotel de Sage, Breslauerstraße 15, von 3 Uhr Nachmittags ab und am Sonntag von 5 Uhr Morgens ab im Eldorado, Bismarckstraße 9.

In der bestimmten Meinung, daß die geehrten Industrievereine, sowie auch diejenigen Personen, welche für die Wichtigkeit der Aufgabe der heimischen Industrie Verständniß haben, ihre Betheiligung an dieser so wichtigen Feier nicht versagen werden, lassen wir uns von dem Gefühl leiten, daß die zum Zusammenschließen in der Industrie entfaltete Thätigkeit uns verknüpfen und alle, wenn auch räumlich Getrennten mit dem Bande der brüderlichen Einigkeit umschließen müßte.

Mit brüderlichem Gruß

Der Vorstand

des Vereins junger Industrieller in Posen.

Witkowski Wenzel,
Vorsitzender.

Zamiara Ignaz,
stellvertr. Vorsitzender.

Ostant Ignaz, Olztyński Wladisl.,
Schriftführer. Kassirer.

Rożalski Leo,
Bibliothekar.

Krause Theodor, Majchrzak Peter, Szczaniński,
Zablocki Johann, Beisitzer.

Program:

Sonnabend, 1. Juli, im Lokale des Vereins, Hotel de Saxe, Breslauerstraße 151: Abendunterhaltung. (Eröffnung, Chorgesang, Auftreten des Gesangsvereins, Deklamationen, Konzert u.)

Sonntag, 2. Juli:

- I. 1) 9 Uhr: Andacht in der Fronleichnamskirche für das Gedeihen des Vereins.
- 2) 11 Uhr: Festigung im Saale des „Eldorado“, Bismarckstraße 9. Begrüßung der Delegierten und der Gäste; gemeinsames Frühstück; Wahl des Vorsitzenden und des Bureaus; Vorlesung des Rechtsanwalts Bernhard von Chrzanowski-Posen über das Thema „das neue bürgerliche Gesetz im Verhältniß zu den Industrievereinen“; freie Neußerungen; Schluß der Sitzung.
- II. 1) 4 Uhr Nachmittag: Vergnügen im Schützengarten auf dem Städtchen, verbunden mit Konzert, Gesellschaftsspielen, Tänzen u.
- 2) 9 Uhr Abends: Verabschiedung der Delegierten und der auswärtigen Gäste im Schützenhaussaale.

Aus Nr. 111 des Dziennik Poznański
vom 17. Mai 1899.

Der Abrüstungskongreß.

Binnen Kurzem wird im Haag der sogenannte Abrüstungskongreß eröffnet werden. Es bedarf keiner vielen Worte, ihn vor das Forum der denkenden und öffentlichen Meinung zu bringen. Niemand glaubt heute daran, daß der Kongreß das erreichen wird, was er eigentlich anstrebt, nämlich die Abrüstung, das Stellen des bewaffneten Friedens vor das Tribunal der Schiedsgerichte, nach welchen es keine Berufung mehr an das Schwert giebt. Dies ergibt sich schon daraus, daß gerade von der Zeit ab, als der Kaiser von Rußland die Anregung zur Abrüstung gegeben hatte, sämtliche Militärstaaten zu Wasser und zu Lande, mit verdoppelter Energie das Werk der Weiterrüstung, also das Werk des weiteren bewaffneten Friedens fortsetzten. Trotz alledem dürfen wir nicht den Stein der Eingeschätzung auf die Absichten der Anreger und auf den Kongreß selbst werfen. Auch hier, namentlich in einer so schwierigen Angelegenheit müssen wir uns sagen: nicht auf einmal ist Rom erbaut worden. Selbst mit großen Mitteln erreicht man nicht auf einmal die Lösung einer großen Aufgabe. Es muß ein Stein zum andern gefügt werden, um wenigstens im Laufe der kommenden Jahrhunderte den Staaten und Nationen eine Erleichterung in ihrem schweren Kampfe um's Dasein zu schaffen. Bei dem ganzen Mißtrauen darf man jedoch dem begonnenen Werke die Sympathie nicht absprechen. Wir haben sogar nicht danach zu fragen, aus welchen Beweggründen es unternommen worden ist, sondern die Sache als eine an sich selbst billige, gerechte und edle zu beurtheilen. Was aus ihr die menschliche Bosheit und Schlechtigkeit machen wird, können wir nicht wissen und dürfen wir nicht errathen. Erfolglos wird aber der Kongreß wahrscheinlich nicht verlaufen. Er wird ja die Staaten und Nationen nicht ausöhnen, Egoismus, Neid, Habgier und Vergewaltigung nicht beseitigen, er kann aber viele Dinge, Sitten und Gebräuche durch internationale Bestimmungen und Verträge mildern. Die Kriege stellen sich in Zukunft in der menschlichen Einbildungs-

kraft und Berechnung so fürchterlich dar, daß schon derjenige sich um die Menschheit verdient machen wird, welcher das Barbarische des kriegerischen Handwerks mildern wird. Auf diesem Gebiete sind daher die Haupterrungenschaften des Kongresses zu suchen. Es ist also zu bedauern, daß der Kongreß von vornherein diejenige sittliche Macht aus seiner Mitte ausschloß, welche von Beruf und laut göttlichen Gesetzes die größte und beste Friedensvermittlerin ist, nämlich die römische Kurie. Vielleicht ist das eine unbewußte Anerkennung dessen, daß sich in dem Kongreß gewissermaßen nur Leute versammeln werden, die sich gegen die Vorschriften des Christenthums vergangen haben und die erst untereinander berathen werden, ob sie sich gemeinschaftlich vor Denjenigen beugen sollen, die zwar keine Soldaten und Kanonen besitzen, die aber dennoch mächtiger die Völker beherrschen, als es die Bajonette und Säuste thun. Von Amerika aus gab man sich die Mühe, dem Kongreß die polnische Frage und das Polen zugefügte Unrecht vorzutragen. Dem steht von vornherein der Beschluß entgegen, daß alle fremden Angelegenheiten vor dem Kongreß eine Berücksichtigung nicht finden sollen. Die Annahme wäre einseitig, der Präsident der Vereinigten Staaten werde durch seinen Vertreter die polnische Frage als eine nicht fremde einbringen. Trotz alledem kann der Aufruf der in Amerika lebenden Polen an die Friedenskonferenz durchaus nicht als ein überflüssiges Wort betrachtet werden, denn es wird sicherlich belehrend auf die Meinung vieler Kreise einwirken, denen die polnische Frage kaum dem Namen nach bekannt ist

Aus Nr. 114 des Goniec Wielkopolski
vom 20. Mai 1899:

Der Kongreß hat begonnen.

Zu dem Gottesdienst für den Zaren und zwar anlässlich des Geburtstages Nikolaus II. eilte der russische Botschafter Baron v. Staal gleich früh Morgens in die Kirche. Die Diplomaten werden Europa in dem reizend gelegenen t'Huis ten Bosch (das Haus im Busch), einem schönen, alterthümlichen, rings von Seen und prächtigen Eichen umgebenen Schlosse zu beruhigen suchen. Dieses Schloß ist eher geeignet, jezt im Monat Mai die Mutter Natur und ihre wunderbaren Reize bewundern zu lassen, als dazu, sich über eine zur Zeit vollständig zwecklose, fast der Quadratur des Kreises entsprechende Aufgabe den Kopf zu zerbrechen. Die Diplomaten sind vollzählig erschienen. Nach Feststellung des Programms und Bildung der Kommissionen wird sich die Konferenz auf die Dauer einer Woche vertagen. Für den Monat Mai ist das eine äußerst angenehme „Beschäftigung“ und wenn die Berathungen bis Juli dauern, so werden die Seebäder in Schwenningen den Herren Diplomaten den Aufenthalt noch angenehmer machen.

Es giebt ihrer dort 109. Vier und zwanzig Staaten werden dort über die Beruhigung der Welt, über die ewige Eintracht zwischen eben so vielen Regierungen berathen. Polen ist nicht vertreten, es wird also dort weder das Gleichgewicht Europas, noch dasjenige der Welt vorhanden sein. Da es aber auf dem Erdenrund keinen Ort giebt, an welchem nicht die Gebeine unserer Helden bleichten, kein Land, in welchem nicht unser Name gekannt wäre, so giebt es auch im Haag einen Polen, der sich im österreichischen Dienst befindet. Graf Stanislaus Soltyf

ist der Delegirte der Marineabtheilung im Kriegsministerium in Wien und steht im Range eines Korvettenkapitäns.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański
vom 20. Mai 1899:

Betrifft den Frauenlesezirkel.

Die geehrten Mitglieder des Frauenlesezirkels in Posen setzen wir hiermit von den Veränderungen in Kenntniß, die seit der letzten Generalversammlung bei uns eingetreten sind. In der erwähnten Versammlung wurden gewählt: Frau Marie Lazarewicz zur Vereinsvorsitzenden, Fräulein Sophie v. Rzepecka zur stellvertretenden Vorsitzenden, Fräulein May und Wroczkiewicz zu Schriftführerinnen, Fräulein Heyducka zur Kassirerin, Frau Josephina von Chrzanowska zur Bibliothekarin. In den Vereinsauschuß wurden zum ersten Mal gewählt: Schwalkowska, Dmantowska, Melanie Paczkowska und Pfizner. Die Generalversammlung beschloß die Thätigkeit des Vereins durch die Gründung „Unentgeltlicher Mädchenkurse zur Vervollständigung des Unterrichts in der Muttersprache“, sowie eines „Frauen-Gefangvereins“ zu erweitern. Der Vereinsvorstand macht die Vereins-

mitglieder auf die immer neueren Erleichterungen und Bequemlichkeiten aufmerksam. Für die Dauer der Ferien können die Vereinsmitglieder eine größere Anzahl Bücher, als die Vereinsatzungen es vorschreiben, leihweise entnehmen. Auswärtige Vereinsmitglieder können auf einmal sich so viele Bände kommen lassen, wie in ein neun Pfund schweres Packet hineingehen. Von heute ab ist unsere Bibliothek von 4 bis ½8 Uhr Nachmittags geöffnet. Unsere Bibliothek enthält gegenwärtig etwa tausend Bände; einzelne gern gelesene Werke besitzen wir in zwei Exemplaren. Wir machen auf die äußerst bequemen Bedingungen unseres Vereins aufmerksam. Der Monatsbeitrag beträgt 1 Mark, wofür man noch von allen Neuigkeiten Gebrauch machen kann, die, bevor sie der Leihbibliothek einverleibt werden, durch 14 Tage zur allgemeinen Benutzung den Mitgliedern in dem Lesezimmer ausliegen. Der Monatsbeitrag wird vom ersten bis zum letzten eines jeden Monats berechnet; wer sich nach dem 15. des Monats meldet, zahlt bis zum nächsten Ersten keinen Beitrag, kann aber von den Büchern und Zeitschriften bereits Gebrauch machen. Als Vereinsmitglied kann man sich bei der ständigen Bibliothekarin im Lesezimmer melden, von der Aufnahme in den Verein wird jedes neu aufgenommene Mitglied von dem Vereinsvorstande besonders benachrichtigt.

Dritter Rechenschaftsbericht

des Fachtvereins „Bractwo Kwestarskie“

für die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899.

Pfarrkrippe: Große Gerberstraße 54. — Wallischekrippe: Wallischei 43.

Brockenammlung:

Anmeldungen beim Vorstandsmitglied Chef-Redakteur v. Lebinski, Große Gerberstraße 50.

Kassenbericht.

Einnahme.

Ausgabe.

Einnahme.			Ausgabe.		
Baarbestand	107	50	Ausgaben bei der Brockenammlung	458	10
In der Bank deponirt	2383	85	Miethe der Krippenlokale	627	50
Erlös der Brockenammlung	546	73	Pflegepersonal	1005	—
Mitgliederbeiträge	604	25	Altersversicherung	29	68
Außerordentliche Einnahmen	84	10	Heizung	102	50
Weihnachtsbazar, Gartenfest, Vorlesung	992	96	Verpflegung der Kinder	446	21
Kostgeld für Verpflegung der Kinder	465	25	Subvention der Krippe in Jersitz	300	—
Subvention der städtischen Behörden	450	—	Neuananschaffungen, Reparaturen und dergl.	218	81
Zinsen	73	70	In der Bank deponirt und Baarbestand	2520	54
	5708	34		5708	34

Bilanz für die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899.

Einnahme.

Ausgabe.

Einnahme.			Ausgabe.		
Baarbestand	107	50	Ausgaben bei der Brockenammlung	458	10
Bankdeposit	2383	85	Verwaltung der Krippen	1764	68
Erlös der Brockenammlung	546	73	Verpflegung der Kinder	446	21
Mitgliederbeiträge	604	25	Subvention	300	—
Außerordentliche Einnahmen	84	10	Neuananschaffungen, Reparaturen	218	81
Bazar, Gartenfest, Vorlesung	992	96	Bankdeposit	2360	56
Kostgeld	465	25	Kassa	160	04
Subvention der städtischen Behörden	450	—			
Zinsen	73	70			
	5708	34		5708	34

Frequenz der Kinder in den beiden Vereinskrippen.

M o n a t		Werktag im Monat	Pfarrkrippe		Wallischekrippe		Summe der Kinder in beiden Krippen	Summe der Pflegetage in beiden Krippen	Tägliche Durch- schnitts- zahl in beiden Krippen
			Anzahl der Kinder	Anzahl der Pflegetage	Anzahl der Kinder	Anzahl der Pflegetage			
April	1898	25	162	161½	113	101	275	262½	11,00
Mai	"	24	260	258½	168	159	428	417½	17,37
Juni	"	24	227	227	203	201½	430	428½	17,90
Juli	"	26	197	197	228	223	425	420	16,34
August	"	26	176	176	270	264½	446	440½	17,15
September	"	25	196	196	240	211½	436	407½	17,44
Oktober	"	25	191	191	269	257½	460	448½	18,40
November	"	25	195	195	283	274½	478	469½	19,12
Dezember	"	25	145	145	312	305	457	450	18,28
Januar	1899	25	123	123	345	338½	468	461½	18,72
Februar	"	23	131	131	264	256½	395	387½	17,17
März	"	26	178	178	351	341½	529	519½	20,34
			2181	2179	3046	2935	5227	5113	

Die ärztliche Aufsicht.

Pfarrkrippe: Vorstandsmitglied Sanitäts-Rath Dr. Zielewicz.
Wallischekrippe: Bezirksarzt Dr. Sujczyński.

Aufnahme-Bedingungen.

- 1) Die Krippen sind nur an Wochentagen geöffnet, und zwar in der Zeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr Abends. Eltern, die ihre Kinder nicht pünktlich Abends abholen, verlieren für immer die Wohlthat der Krippe.
- 2) In der Krippe werden Kinder im Alter von 6 Wochen bis zu 3 Jahren ohne Unterschied der Religion und Nationalität aufgenommen.
- 3) Die Aufnahme erfolgt auf Grund schriftlicher Ueberweisung seitens eines Vorstandsmitgliedes, einer Aufsichts-dame, oder des zuständigen Armenraths.
- 4) An Kostgeld ist bei der Einlieferung der Kinder 10 Pf. für jedes Kind und jeden vollen oder angefangenen Tag zu entrichten.
- 5) Stillende Mütter sind verpflichtet, wenigstens einmal im Laufe des Tages ihr Kind in der Anstalt zu besuchen und ihm die Brust zu reichen.
- 6) Bei der Einlieferung müssen die Kinder mit reiner Wäsche (Hemdchen, Windeln) versehen sein.

Der Vorstand des Fachtvereins „Bractwo Kwestarskie.“

Aus Nr. 112 des Kuryer Poznański
vom 18. Mai 1898:

Der Kulturkampf in der Volksschule.

In der vorigen Woche berichteten wir über den Beschluß der zur Kreissynode in Ofterode versammelten Pastoren, nach welchem es Pflicht sei, für die evangelischen Polen polnische Predigten und polnische Kommunionсандachten abzuhalten. Niemand beschuldigt die Pastoren aus diesem Anlaß polnischer Propaganda, wie sie katholischen Priestern zum Vorwurf gemacht wird, welche bezüglich der Sprache für den kirchlichen Gottesdienst und für den Religionsunterricht in der Schule dieselben Grundsätze vertreten, wie jene evangelischen Pastoren.

Auch verlohnt es sich, die im Landtage behandelte Milobondz'er Schulangelegenheit und den Standpunkt ausführlicher zu besprechen, welchen die Regierung dabei eingenommen hat.

Milobondz zerfällt in eine Domäne und in ein bäuerliches Dorf, und ist an der Landstraße von Dirschau nach Danzig, unweit der erstgenannten Ortschaft gelegen. In Milobondz ist unter dem niederen Stande die polnische, unter dem höheren, d. h. den Besitzern, die deutsche Sprache vorherrschend. Außer der Domäne, zu welcher außer dem Pächter 12 katholisch-polnische Familien mit Ausnahme einer Mischehe

gehören, giebt es in Milobondz 10 Bauernhöfe mit 8 Besitzern, darunter 5 Katholiken und 3 Evangelische. Außer diesen giebt es 12 Hausbesitzer, darunter 10 Katholiken. Von 80 Arbeiterfamilien sind fünf bis sechs evangelisch, die übrigen katholisch und mit geringen Ausnahmen polnisch. Manche Arbeiterfamilien verziehen, andere ziehen zu, sodaß das Verhältnis zwischen den katholischen und den evangelischen Arbeiterfamilien einem gewissen Wechsel unterliegt.

Die höchste Zahl der katholischen Schulkinder betrug 137, der evangelischen 13. In diesem Jahre gab es bis zum 15. März 115 katholische und 8 evangelische Schulkinder; letztere stammten aus drei Familien. Die Schule ist zweiklassig. Bis zum Oktober 1887 waren an der Schule zwei Lehrer angestellt, von denen der erste zugleich das Organistenamt versah. Die Schule war seit jeher als zur Kirche gehörig angesehen worden. Im Jahre 1873 wurde eine neue Schule und zugleich ein Organistengebäude aufgeführt, und die katholische Pfarochie trug mit 16217 Mark den größeren Theil der Baukosten, während die Schulgemeinde 11310 Mark aufbrachte. Auch den ersten Lehrer, zugleich Organisten unterhielt hauptsächlich die Kirche aus ihren Legaten. Der zweite katholische Lehrer war zugleich als Vertreter des ersten in dessen Organistenamt angestellt. Im

Oktober 1887 wurde der zweite katholische Lehrer versetzt, und an dessen Stelle ein evangelischer Lehrer gesandt. Damals gab es 137 katholische und 11 evangelische Schulkinder. Vom Jahre 1888 ab verringerte sich die Zahl der letzteren, und sie belief sich am 25. März d. J. auf nur 8. Seit an Stelle des katholischen Lehrers ein protestantischer angestellt worden ist, hörte in der Schule der Gebrauch der polnischen Sprache im Religionsunterricht, wie überhaupt auf. Man verbot den polnischen Kindern sogar außerhalb der Schule mit einander polnisch zu sprechen. Der Lehrer gebot ihnen im Auftrage des Kreis-Schulinspektors, den deutschen Beichtunterricht zu besuchen, welchen der Propst und der Vikar in der Kirche erteilten. Aus diesem Anlaß führten die Eltern vor dem Lehrer und dem Kreis-Schulinspektor Klage.

Als diese Beschwerden erfolglos waren, gingen sie zum Propst und baten ihn, daß er ihren Kindern in polnischer Sprache Beichtunterricht erteile. Der Propst nahm auch die polnischen Kinder in die polnische Abtheilung auf. Sodann bestellte der Propst die Eltern nochmals zu sich und nahm mit ihnen ein Protokoll auf. Die Eltern befragt, wer sie dazu bewogen habe, zu fordern, daß ihre Kinder im Beichtunterricht der polnischen Abtheilung angehören möchten, erwiderten einmütig, sie verlangten dies aus eigener Initiative, da sie daheim nur polnisch sprächen, zuhause und in der Kirche nur polnisch beteten und nicht Alles gut verständen, wenn Jemand deutsch zu ihnen spreche. Ihre Kinder seien deswegen, weil sie zum polnischen Beichtunterricht gingen, in der Schule geächtet worden, auch habe man ihnen schriftliche Strafarbeiten aufgegeben. Als die Eltern weiterhin befragt wurden, ob sie je gehört hätten, daß der Herr Propst die Kinder gezwungen habe, am polnischen Beichtunterricht theilzunehmen, erwiderten sie, sie hätten davon nichts gehört; sie wüßten aber, daß der Herr Propst die Kinder deutsch und polnisch unterrichte, und es jedem Kinde überlasse, ob es polnisch oder deutsch sprechen wolle. Befragt, ob sie nicht wollten, daß ihre Kinder in deutscher Sprache Religionsunterricht erhielten, erwiderten die Eltern, sie seien damit einverstanden, sie möchten aber, daß ihre Kinder durchaus auch in polnischer Sprache unterrichtet würden, damit sie in der Kirche die polnische Predigt verstünden und polnische Lieder singen könnten.

Sodann erzählten zwei Weiber, sie hätten, als sie im Vorjahre gelegentlich der Schulprüfung vom Schulinspektor befragt worden seien, weshalb ihre Kinder am polnischen Beichtunterricht theilnehmen, erwidert, die Kinder müßten, wenn sie polnisch beten und zur polnischen Andacht gingen, auch polnisch lernen, um polnisch zu verstehen.

Der Schulinspektor habe darauf entgegnet: „Das Beten ist Nebensache!“ Dann habe er gesagt, dem Propst falle es leichter, deutsch zu sprechen, als polnisch. Hierauf habe er gefragt, ob in Milobondz Abneigung gegen das Deutschthum vorhanden sei. Sie hätten erwidert, das Gegentheil sei der Fall; bisher habe hier Friede geherrscht und Niemand habe sich dem widersetzt, daß die Kinder deutsch lernten. Jetzt aber sei infolge der gegen die Kinder und Eltern ins Werk gesetzten Hegerereien Unfriede entstanden. Dies Protokoll wurde am 5. Januar 1889 im Zimmer des Herrn Propstes abgefaßt und von folgenden Frauen unterzeichnet: Marianna Kohnke, Auguste Dragenka, Rosalie Konfers, Marianne Wilma, Margarethe Dargasz und Julianne Schreder. Das war die polnische Agitation, von welcher der Regierungs-Kommissar bei der Debatte in der Landtagskommission gesprochen hat.

Vom Jahre 1887 an waren die Resultate des katholischen Religionsunterrichts in der Schule zu Milobondz immer schlechtere, und zwar deshalb, weil die Zahl der Religionsstunden unzureichend gewesen ist, und zudem war der in deutscher Sprache erteilte Unterricht der Mehrheit der Kinder unverständlich. Dieser eine katholische Lehrer wurde wegen seiner Organistengeschäfte im Unterricht oft gehindert. Er unterrichtete gemäß dem Protokoll vom 13. Dezember 1888 37 Kinder der I. Abtheilung 5 Stunden wöchentlich und 66 Kinder der II. Abtheilung 4 Stunden wöchentlich. Es fand eine Prüfung mit der I. Abtheilung statt und sie ergab ein unbefriedigendes Resultat. Man hat den Gebrauch der polnischen Sprache für den Religionsunterricht verboten, und der Lehrer verwendet das Polnische nicht einmal aus Hilfsweise, um den Kindern das Verständniß des deutsch Vorgetragenen zu erleichtern. In der II. Abtheilung unterrichtet der katholische Lehrer nur in der Religion, deshalb können die deutschen Ausdrücke und Wendungen, welche die Kinder in den Schulstunden bei dem anderen Lehrer hören, ihnen wohl nur wenig helfen, um den deutschen Religionsunterricht zu verstehen, da der katholische Lehrer, welcher in der Religion unterrichtet, andere Ausdrücke und Wendungen gebraucht, deren Verständniß man den Kindern erst erschließen mußte.

Deshalb zeigen die im schulpflichtmäßigen Religionsunterricht unzureichend vorbereiteten Kinder kein hinreichendes Verständniß für den Gegenstand im Beichtunterricht. Es tritt auch alljährlich zu Tage, daß die Kinder aus Milobondz von allen Kindern in der Parochie im Religionsunterricht am schlechtesten vorbereitet sind. Der Herr Propst, der in den Jahren 1887 und 1888 keinen Vikar gehabt hat, mußte damals beide Abtheilungen unterrichten, und er ließ die polnischen Kinder, welche in deutscher Sprache besser zu antworten wußten, deutsch sprechen. Später, als ein Vikar in der Parochie eintraf, unterrichtete dieser die polnische, der Propst die deutsche Abtheilung. Von dieser Zeit an haben die Eltern entschieden verlangt, daß ihre Kinder der polnischen Abtheilung angehören sollten; darum zählt die deutsche Abtheilung nur wenig Kinder.

Fortsetzung aus Nr. 113 des Kuryer Poznański vom 19. Mai 1899:

Aus Anlaß der sehr unbefriedigenden Kenntnisse, welche die Schulkinder in Milobondz im Religionsunterricht aufwiesen, richtete der Propst gemeinsam mit den Parochianen im Jahre 1893 eine Beschwerde an die Königliche Regierung in Danzig. Es gab damals in Milobondz 6 katholische und 2 evangelische Wirths, 11 katholische und einen evangelischen Hausbesitzer, sowie etwa 80 katholische und 5 bis 8 evangelische Arbeiterfamilien. Beide Schulklassen zählten 114 katholische und 7 evangelische Schüler. Da die katholischen Eltern wußten, daß die katholischen Kinder in evangelischen Schulen, selbst wenn sie in der Mehrheit sind, von einem katholischen Lehrer aus der benachbarten Schule Religionsunterricht erhalten, so meinten sie, die evangelischen Kinder in Milobondz könnten gleichfalls Religionsunterricht von dem evangelischen Lehrer einer benachbarten Schule erhalten. Sie hoben dies in der Petition hervor, erhielten jedoch einen ablehnenden Bescheid mit der Bemerkung, die katholischen Kinder sollten nicht wie bisher von 11—12 Vormittags und von 1—3 Nachmittags, sondern von 8 bis

10 Morgens Religionsunterricht erhalten. Auf diese Weise verschlimmerte sich die Sache, denn gerade früh fanden Begräbnisse statt, welche den Religionsunterricht störten, da der Lehrer als Organist an dem Begräbniß theilzunehmen hat. Man richtete also am 26. Oktober 1895 eine nochmalige Bittschrift an die Regierung. Damals gab es 141 Schulkinder, davon 9, später 7 evangelische. In der Begründung der Petition wurde gesagt, daß es bei einem solchen Zahlenverhältniß zwischen evangelischen und katholischen Schülern keines besonderen evangelischen Lehrers bedürfe.

Außer den häufigen Störungen anlässlich der Beerdigungen und anderer Ursachen fielen die Religionsstunden oft wegen Krankheit des Lehrers aus; dieser hatte auch längere Zeit Urlaub, ohne daß ein Vertreter bestellt worden wäre. In diesem Jahre ertheilte der Herr Propst auch den polnischen Kindern Beichtunterricht. Um sich zu überzeugen, inwieweit die Kinder, die in deutscher Sprache vorgetragenen Glaubenswahrheiten verstünden, gestattete er den Kindern deutsch zu antworten, wie sie es in der Schule gelernt hatten. Er sah aber, daß die Resultate des Schulunterrichts schlechtere seien, als je. Als in der Schule die öffentliche Prüfung stattfand, bei welcher man die Kinder polnisch und deutsch befragte, antworteten sie weder auf polnisch noch auf deutsch zufriedenstellend. Die darüber entriisteten Parochianen sandten eine neue Petition ab, worauf sie wiederum einen abschlägigen Bescheid erhielten. Man erwiderte, den Störungen im Religionsunterricht könne dadurch vorgebeugt werden, daß man die Religionsstunden wie früher in der Zeit von 11—12 und von 1—3 abhalte, oder daß man die Begräbnisse nicht in der Zeit zwischen 8 und 10, sondern nach Schluß des Schulunterrichts stattfinden lasse. In dem ersten ablehnenden Bescheid der Regierung hatte dieselbe eben in Folge der Beschwerde zwecks „Besserung“ der bezüglichen Verhältnisse angeordnet, daß die Religionsstunden in der Zeit von 8—10, und nicht von 11 bis 12 und 1 bis 3 abgehalten werden sollten.

Die Regierung hätte also zunächst ein Abhülfe-mittel ausdenken müssen, um auf die erste Beschwerde zu antworten, da sie selbst zugegeben hat; daß das ursprünglich vorgeschriebene Mittel sich als wirkungslos erwies.

Was die Beerdigungen anbetrifft, so finden sie in Milobondz gewöhnlich früh Morgens gleich nach der Messe statt, und es ist daselbst nicht Brauch, die Beerdigungen am Nachmittage vorzunehmen. Eine in dieser Beziehung vorgenommene Aenderung würde in der Parochie Opposition hervorrufen. Am 27. Februar 1896 wurde eine Petition an den Kultusminister gesandt, und in derselben hervorgehoben, daß die Schule als Kirchschule anerkannt sei und daß bei ihrer Erbauung im Jahre 1873 die katholische Parochie den größeren Theil der Unkosten getragen habe. Der erste Lehrer beziehe aus der Kirchenkasse 1300, aus der Schulkasse nur 180 Mk. Man bat also um die Anstellung eines zweiten katholischen Lehrers. Die Bittsteller erhielten einen abschlägigen Bescheid, worin bemerkt war, in Milobondz solle eine dritte Klasse mit einem katholischen Lehrer eröffnet werden, was bisher jedoch nicht geschehen ist, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die Schulgemeinde sich geweigert hat, die hierzu erforderlichen Mittel herzugeben. Nachdem man sich erfolglos an alle Instanzen gewandt, richtete die Gemeinde am 2. März 1897 eine Bittschrift an das Abgeordnetenhaus, welche jedoch wegen der Schließung des Landtags im Plenum nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Am 7. Januar d. Js. sandte

man ein neues Bittgesuch ab, das, wie bekannt, weder in der Kommission noch im Plenum Berücksichtigung gefunden hat. Der Regierungskommissar erklärte, in Milobondz müsse ein evangelischer Lehrer angestellt sein, um den evangelischen Kindern Religionsunterricht zu ertheilen und das Deuththum gegen das Vordringen des Polenthums zu vertheidigen.

Die Regierung sorgt so sehr für Religionsunterricht, wenn 8 evangelische Kinder in Betracht kommen, und achtet nicht darauf, daß deswegen, weil in Milobondz ein evangelischer Lehrer angestellt ist, 115 katholische Kinder unzureichenden Religionsunterricht erhalten. Diesen acht evangelischen Kindern könnte einer der Lehrer Religionsunterricht ertheilen, welche in den nur zwei Kilometer von Milobondz entfernten Ortschaften Malinin und Kolnik angestellt sind. Für eine so kleine Zahl katholischer Kinder würde die Regierung keinen besonderen katholischen Lehrer anstellen; dagegen ertheilt oft ein Lehrer aus einer Nachbarschule einer sogar weit stärkeren Zahl katholischer Schüler, die eine evangelische Schule besuchen, Religionsunterricht.

In Kiemielez, einer $4\frac{1}{2}$ Kilometer von Milobondz entfernten Ortschaft, ist eine zweiklassige Schule, welche 125 Kinder zählt, darunter 45 katholische. Beide Lehrer an dieser Schule sind evangelisch.

Die Schule in Dalwin zählt 62 Kinder, darunter 40 katholische; der Lehrer ist evangelisch. In Zablowo giebt es 120 Kinder, darunter sogar 90 katholische, und dennoch sind beide Lehrer evangelisch.

Auch ist kein katholischer Lehrer für die 20 katholischen Kinder der evangelischen Schule in Pivnica, noch für die 70 katholischen Kinder in Biskupice angestellt.

Bei Besprechung der Milobondzer Angelegenheit in der Landtagskommission sagte der Regierungskommissar, nach dem vor Kurzem eingelaufenen Bericht der Regierung habe der dortige Dekan das Ergebnis der in der Milobondzer Schule in der Religion vorgenommenen Prüfung als „im Allgemeinen sehr gut“ bezeichnet. Es scheint, daß sich der Bericht der Regierung auf die in der Dirschauer Zeitung enthaltene Mittheilung gestützt habe. Im Herbst vorigen Jahres hielt der Herr Dekan in Milobondz eine Visitation ab, und er prüfte auch die Schulkinder, zunächst diejenigen der 1. Klasse, insbesondere die, welche vor Kurzem zum ersten Male zur Kommunion gewesen waren, und deren Antworten noch erträglich ausfielen, obgleich ebenfalls Fehler vorkamen. Sodann examinierte der Dekan den Rest der Kinder, und als sie sehr sonderbare Antworten gaben, fragte er den Lehrer, ob er bei der Erläuterung die polnische Sprache zur Hilfe nehme. Als der Lehrer erwiderte, der Gebrauch der polnischen Sprache sei untersagt, da bemerkte der Herr Dekan: „Darum zeigt es sich auch, daß die Kinder so falsche Begriffe haben, und deshalb geben sie so falsche Antworten.“ Das ist das gerühmte „sehr gute Resultat“ der in der Religion abgehaltenen Prüfung, wovon die Dirschauer Zeitung sofort nach der Visitation berichtet hat. Der Korrespondent hat direkt das Gegentheil des wahren Thatbestandes berichtet und der Bericht der Regierung gab dasselbe wieder.

Auf die Ausführungen der Petenten, betreffend den Verfall der Sittlichkeit unter der Milobondzer Jugend wegen unzureichenden Religionsunterrichts, entgegnete der Regierungskommissar in der Kommission des Landtags, der Landrath und der Kreis-Schulinspektor hätten berichtet, jetzt seien bessere Sitten unter der Jugend wahrnehmbar. Was diese Ansicht betrifft, so sind doch der Landrath und der Kreis-

Schulinspektor nicht so kompetent, wie der Propst, und für die Wahrhaftigkeit des Berichts haben wir bereits ein Beispiel gehabt.

Als Hauptgrund für die Anstellung eines evangelischen Lehrers an Stelle eines katholischen führte der Regierungs-Kommissar an, es sei notwendig, das vom Polenthum bedrohte Deutschthum zu schützen, und er behauptete, das Verlangen nach Beseitigung des deutsch-evangelischen Lehrers entspringe dem Interesse der Förderung polnischer Bestrebungen. Propst Rook fördert nach Ansicht des Regierungs-Kommissars in Milobondz das Polenthum. Aber Propst Rook ist Deutscher von Geburt, und er hat erst im geistlichen Seminar polnisch gelernt. Er war früher Propst in Neumark in Westpreußen, woselbst er zugleich 25 Jahre lang zur Zufriedenheit der Regierung Orts-Schulinspektor gewesen ist. Später übertrug man ihm an einem anderen Orte die Schulaufsicht, doch hat er sie wegen Ueberhäufung mit Arbeit niederlegen müssen. Die Beweise, mit welchen der Regierungs-Kommissar den dem Propst Rook gemachten Vorwurf unterstützte, entsprechen der Wahrheit nicht; denn Propst Rook hat in Milobondz weder den polnischen Verein gegründet, noch zur Gründung desselben beigetragen.

Dieser Verein ist sogar nicht einmal in Milobondz entstanden, sondern er hatte daselbst sein Sitzungslokal, in welchem er am Sonntag nach der Vesperandacht seine Versammlungen abhielt. Der Propst hat diesen, vor Kurzem aufgelösten Verein auch nicht unterstützt. Der Verein verfolgte auch keinen politischen Zweck, sondern er bezweckte die Förderung guter Sitten und der Mäßigkeit, sowie die Bekämpfung der Sozialdemokratie, und dieser Zweck widerspricht doch nicht der Regierung. Letzterer hat wohl lediglich nicht gefallen, daß der Verein ein polnischer war, als ob diese Leute daran Schuld wären, daß sie Polen sind, daß ihre Muttersprache die polnische ist und daß sie sich in der Versammlung in dieser Sprache verständigen. Propst Rook, dem zugetragen wurde, daß sich in diesem Verein sozialistische Einflüsse bemerkbar machten, ging, um sich als gewissenhafter Seelsorger zu überzeugen, ob dies wahr sei, eines Tages unverhofft in eine Versammlung, was er später öfter that. Dabei wurde er gewahr, daß das, was man ihm über den Verein mitgetheilt hatte, unwahr sei. Bei dieser Gelegenheit erklärte er den Leuten einzelne Absätze aus dem größeren Katechismus, natürlich in polnischer Sprache, da man ihn anders nicht verstanden haben würde. Das waren jene berühmten „polnischen Vorträge.“

Auch stimmt es mit der Wahrheit nicht überein, wenn der Regierungs-Kommissar gesagt hat, der Propst habe den Kindern hauptsächlich in polnischer Sprache Beichtunterricht erteilt. Der Propst unterrichtet gerade nur deutsch, der Vikar polnisch, und die Hälfte der Kinder erhält deutschen Unterricht, obgleich die Mehrzahl der Kinder polnischer Abstammung ist. Dieses Verhältniß ist doch also für das Deutschthum überaus vortheilhaft. Nur in den Jahren 1887 und 1888 erteilte der Propst auch in polnischer Sprache Unterricht, da er in dieser Zeit keinen Vikar hatte, ferner eine kurze Zeit im Jahre 1895, weil er sich als Propst von den Fortschritten, welche die polnischen Kinder in der Religion gemacht hatten, Ueberzeugung verschaffen wollte. Grundlos ist auch die Behauptung, der Propst habe Kinder, die ursprünglich im Beichtunterricht der deutschen Abtheilung angehört hätten, in die polnische Abtheilung genommen. Im Jahre 1888 hat der Propst zwar polnische Kinder aus der deutschen Abtheilung in die polnische versetzt, und zwar in Folge von Beschwerden der Eltern. Diese Kinder hatten aber

ursprünglich ebenfalls der polnischen Abtheilung angehört.

Nichts bedroht also in Milobondz das Deutschthum, und dennoch ist die Petition abschlägig beantwortet worden. Das wird jedoch gewiß die Petenten nicht davon abschrecken, in der künftigen Landtagsession eine neue Petition einzureichen.

Wir haben über die Milobondzer Angelegenheit so ausführlich berichtet, da sie ein interessanter Beitrag ist zu der Geschichte des Kulturkampfes in der Volksschule, und da sie gewisse Momente enthält, die da lehren, in welcher Weise die Gemeinden ausdauernd ihre Rechte auf dem Gebiet der Kindererziehung wahren müssen.

Aus Nr. 115 des Kuryer Poznański
vom 21. Mai 1899:

Aus der Schule.

Znin, den 19. Mai.

In der I. und II. Klasse der hiesigen katholischen Schule ist seit Ostern dieses Jahres der Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt worden. Alle polnisch-katholischen Eltern sind aufs Höchste betrübt über diesen plötzlichen Wechsel, durch welchen die elterlichen Rechte bezüglich der religiösen Erziehung ihrer Kinder eine so gewaltige Schmälerung erfahren haben. Am 19. April wandten sich die betroffenen Eltern mithin in einer Eingabe an die Königliche Regierung zu Bromberg und baten um Aufhebung der erlassenen Verfügung; aber sie wurden in ihren Hoffnungen getäuscht, denn am 11. d. Mts. erhielten sie abschlägigen Bescheid, welcher vom 6. Mai datirt ist. Dieser Bescheid lautet wörtlich:

Königliche Regierung u. s. w.

S.-Nr. 1761, U. II b.

„Auf die Eingabe vom 19. v. Mts. eröffnen wir ihnen, daß die Schüler der oberen Klassen der dortigen katholischen Schule ausreichend gefördert sind, um dem Religionsunterricht in deutscher Sprache mit vollem Verständniß folgen zu können.

Ihrem Antrage kann daher nicht entsprochen werden.

Wir stellen ihnen anheim, den Mitunterzeichnern der Eingabe vom Nachstehenden Kenntniß zu geben.

(gez.) Malkahn.“

Selbstverständlich werden wir weitere Beschwerden an den Herrn Minister ergehen lassen, denn wir Eltern können uns am besten davon überzeugen, daß unsere Kinder nicht einmal so viel deutsch verstehen, daß sie sich mit irgend Jemanden auch nur in gewöhnlicher Rede verständigen könnten, um so weniger werden sie im Stande sein, einen so schwierigen Gegenstand, wie es gerade der Religionsunterricht ist, mit richtigem Verständnisse aufzunehmen.

Wofür zahlen wir denn so hohe Schulabgaben, wenn uns die Schule absolut nichts bietet? Die Kinder lernen in ihr nicht einmal ihre Muttersprache — der polnische Schreibleseunterricht ist seit Ostern ebenfalls aufgehoben — sie lernen auch in Folge des falschen Systems nicht die deutsche Sprache und somit keinen der anderen Unterrichtsgegenstände. Was aber geschieht mit der Religion, an der uns doch am meisten gelegen ist, wenn jetzt auch sie in einer für die Kinder unverständlichen Sprache vorgetragen wird?

Es ist eine ausgemachte Sache, daß unsere Kinder auf diese Weise vollständig verwildern müssen, späterhin aber werden sie die Reihen der Sozialisten

verstärken. Und diesen uns von Seiten der Schule geleisteten Dienst sollen wir noch theuer bezahlen mit unseren eigenen, so sauer erworbenen Groschen!

Aus Nr. 114 des Wielkopolanin
vom 20. Mai 1899:

Wir haben in den letzten Tagen einige Korrespondenzen veröffentlicht, welche darthun, daß körperliche Züchtigungen in den Schulen des Großherzogthums Posen nicht nur vorkommen, sondern in einer Form vorkommen, daß hierdurch lebhafteste Entrüstung hervorgerufen werden muß. Eins der hiesigen deutschen Blätter, die Posener Zeitung, gab eine dieser unzweifelhaft glaubwürdigen Korrespondenzen wieder, und weil die genannte Korrespondenz einen polnischen Lehrer beschuldigte, fügte jenes Blatt die Bemerkung hinzu, daß es sich diesmal nicht um den H.-K.-Tismus handele — die Posener Zeitung hat hier den Fall Jaeske im Sinne — sondern um einen polnischen Lehrer.

Die Posener Zeitung hat sich, wie öfters, ja man kann sogar sagen, wie immer, den Schein gegeben, als ob sie die Intentionen dieser Korrespondenzen nicht verstehe. Diese Korrespondenzen beschuldigen nicht so sehr die Lehrer, als vielmehr das ganze System des deutschen Schulwesens im Großherzogthum Posen.

Bei dieser Sache ist die Person des Lehrers, seine Nationalität, seine speziellen politischen Anschauungen völlig nebensächlich, das punctum saliens der ganzen Sache, das, was sich von selbst dem Auge und dem Geiste aufdrängt, ist der Umstand, daß solche körperliche Züchtigungen in einer deutschen Schule oder wenn man die Sache noch präziser bezeichnen will, in einer Schule des preußisch-deutschen Systems vorkommen. Der Lehrer, welcher an einer deutschen Schule angestellt ist, mag er nun Pole, oder Deutscher, oder schließlich auch Franzose von Geburt sein, ist nichts anderes, als der Vollstrecker eines gewissen Systems, er ist ein Gaukler, der von einer Feder in Bewegung gesetzt wird, welche in fast völlig gleicher Weise in allen Schulen in Wirksamkeit ist.

Der Lehrer an einer preußisch-deutschen Schule ist nur der Vollstrecker eines gewissen Plans, gewisser pädagogischer oder vielmehr politischer Formeln, seine Nationalität spielt hierbei gar keine Rolle, und wo nur immer ein Lehrer sich erlaubt, seine Nationalität zu zeigen, oder wenn ein Lehrer anfängt, Mittel anzuwenden, welche zu dem Lehrsystem nicht passen, da findet sich unverzüglich der Schulinspektor ein und stellt den Gaukler auf seinen Platz, spannt die ihn in Bewegung setzende Feder fester an oder entfernt ihn, wenn der Lehrer die Rolle eines Gauklers nicht weiter spielen will.

Bei dem heutigen Schulsystem, welches bei uns die Muttersprache als Hilfsmittel bei Erlernung der fremden Sprache ausschließt, wird der Lehrer ebenso wie der Schüler, nämlich die polnischen Kinder, ein Opfer des Systems.

Dem Lehrer wird anbefohlen, ein gewisses Pensum ins Gedächtniß der Kinder einzuprügeln, aber es wird ihm die Auswahl der Hilfsmittel hierzu nicht freigegeben, es wird ihm geradezu gesagt, sprich und lehre deutsch. Und angesichts dieses ausdrücklichen Befehls, der den Schultern des Lehrers eine Herkulesarbeit aufbürdet, wie dies richtig der Königsberger Bürgermeister Herr Brinkmann bezeichnet hat, greifen nervösere und reizbarere Naturen zu Mitteln, welche allen Begriffen von Pädagogik zuwiderlaufen.

Vielleicht treibt manchen Lehrer nicht der Ehrgeiz allein, Lob aus dem Munde seiner vorgesetzten Behörde zu hören, dazu, scheinbare Resultate im Unterricht durch verkehrte Mittel zu erreichen, sondern auch das Bestreben, eine Belohnung in Geld zu erhalten.

Wir nehmen indessen an, daß solche für Erzieher der Jugend wenig löbliche Empfindungen nicht oft den Lehrer beseelen, obgleich es besser wäre, wenn die höheren Behörden durch klingende Belohnungen Leute nicht in Versuchung führen würden, welche materiell nicht gerade glänzend gestellt sind.

Bei dem gegenwärtigen Schulsystem erweckt die Lage der polnischen Kinder in den Schulen Mitleid, aber gleichzeitig sind auch die Lehrer bedauernswerth!

Und so wiederholen wir denn, daß es uns nicht darum zu thun ist, diesen oder jenen Lehrer zu beschuldigen — oder vielmehr es handelt sich hier gar nicht um die Person — sondern wir klagen, indem wir all zu harte körperliche Strafen in den Schulen an die Oeffentlichkeit bringen, das ganze System des heutigen Schulwesens an, wir trachten danach, durch klare Beispiele Denjenigen die Augen zu öffnen, von welchen eine Aenderung des Systems abhängt.

Aus Nr. 115 des Wielkopolanin
vom 21. Mai 1899:

In unsern gestrigen Artikel, in welchem wir dargethan haben, daß die mißbräuchliche Anwendung körperlicher Strafen in der Schule hauptsächlich das System der preußisch-deutschen Schulen anschuldigt, wollen wir noch einige Bemerkungen anknüpfen.

Es ist uns zwar sehr schmerzlich, Korrespondenzen zu veröffentlichen, durch welche unsere Landsleute angeschuldigt werden, wir dürfen jedoch die Wahrheit nicht verschweigen. Gerade der Umstand, daß sogar Lehrer, welche Polen von Geburt sind, und demnach Leute, die natürlicherweise für die polnische Schulpädagogik mehr Sympathie hegen, bei körperlichen Züchtigungen das zulässige Strafmaß überschreiten, ist nur ein umso schlagenderer Beweis dafür, daß ein Fehler im Schulsystem vorhanden sein muß — und dieser Fehler ist der Ausschluß der polnischen Sprache als Hilfsmittel beim Schulunterricht.

Die Lehrer, insbesondere die polnischen Lehrer, befinden sich gleichsam zwischen Hammer und Amboss, es stehen ihnen die Hilfsmittel zu Gebote — nämlich die polnische Sprache — und dennoch können sie von diesen keinen Gebrauch machen, denn sie müssen befürchten, daß der Schulinspektor hiervon etwas erfährt. Jene Lehrer wissen sehr wohl, daß, wenn sie die Lehrgegenstände den Kindern in einer diesen verständlichen Sprache darstellen würden, die Arbeit halb so leicht sein würde. Ein solcher Lehrer befindet sich also in der Lage eines von Durst gepeinigten Menschen, dem Jemand ein Glas mit kräftigendem Trunk hinreicht, in dem Moment aber, wo er nach dem Glase hinreicht, wird die Hand böswilliger Weise zurückgezogen. — Wir sind fest davon überzeugt, daß jene übermäßigen körperlichen Züchtigungen lediglich der Ausfluß der durch die Lehrschwierigkeiten hervorgerufenen Reizbarkeit sind.

Der Lehrer weiß sehr wohl, was ihm bevorsteht, wenn er sich beim Unterricht der polnischen Sprache bedient.

Der Kurier Poznański erinnert daran, daß vor Kurzem der Fall eingetreten sei, daß gegen einen

Lehrer in Posen das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, weil er die Kühnheit befaß, gelegentlich einer Lehrerversammlung den Rath zu ertheilen, im Interesse der deutschen Sprache bei den polnischen Kindern den Unterricht in deren Muttersprache zu beginnen, und auf dieser Grundlage, nachdem der Geist der Kinder sich etwas entwickelt habe, den Schulunterricht alsdann in deutscher Sprache weiter zu ertheilen.

Vorstehend angeführte Thatsache genügt, um den Glauben zu erwecken, daß Alles, was wir über die Lage der Lehrer im Großherzogthum Posen gesagt haben, wahr ist.

Aus Nr. 117 des Wielkopolanin

vom 25. Mai 1899:

Korrespondenz aus Sezioriki.

In Nr. 111 haben wir die Mittheilung gebracht, welche uns von dem Wirth Anton Kuzora zwecks Veröffentlichung überandt worden ist, daß der Lehrer Wisniewski den Schwager des Erstgenannten, Lorenz Patula, sehr geschlagen und der Staatsanwalt ihn von Schuld und Strafe freigesprochen habe, obwohl der Lehrer selbst eingestanden habe, daß er das zulässige Recht zu strafen überschritten habe. Diese Mittheilung haben wir unter Verantwortung des unterzeichneten Bauern A. Kuzora wiedergegeben.

(Die Mittheilung befindet sich in Nr. 20 des Gesamtüberblicks vom 22. Mai d. Js. Die Redaktion des Gesamtüberblicks.)

Jetzt haben wir in dieser Angelegenheit folgenden Brief erhalten: Der hiesige Lehrer Wisniewski war bei mir und hat erklärt, daß er die Nummer 111 des Wielkopolanin an die Staatsanwaltschaft schicken werde mit der Bitte, gegen mich wegen falscher Anschuldigung und öffentlicher Beleidigung mit Bezug auf seinen Charakter und seinen Stand Anzeige zu erheben. Ich bitte die verehrte Redaktion an besonderer Stelle folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Ich bedaure sehr und bitte die Königliche Staatsanwaltschaft wegen der fortgelassenen Worte bei der Schilderung, in welcher Weise mein Schwager Lorenz Patula geschlagen worden ist, die in Nr. 111 des Wielkopolanin vom 17. Mai d. Js. wiedergegeben ist, um Verzeihung. Die fortgelassenen Worte lauten: „vom Lehrer Wisniewski irregeleitet und von dem Vertreter des Dr. Gorski, Herrn Dr. Kompp nicht richtig informiert. Heut entsinne ich mich nicht mehr, ob ich selbst daran vergessen habe, diese Ausdrücke veröffentlichten zu lassen, oder ob derjenige, welcher den Vorfall beschrieben hat, sie aus Versehen fortgelassen hat.“

Mirowslawki bei Sezioriki, den 20. Mai 1899.

Anton Kuzora, Bauer.

Aus Nr. 111 des Ogedownik

vom 17. Mai 1899:

Die Neuwahl

in dem Wahlkreise Samter-Schwerin-Birnbaum findet bereits in den ersten Tagen des Monats Juni statt. Deshalb wird es jetzt schon erforderlich sein, für den Wahlkreis einen Kandidaten zu suchen und aufzustellen. Dies gebietet die nationale Pflicht ohne Rücksicht darauf, ob unser Kandidat den Sieg davontragen wird, oder nicht.

Gegenwärtig ist die Hauptsache der Kandidat selbst.

Den ersten Besten aufzustellen, wäre deshalb nicht empfehlenswerth, weil man eine so wichtige Sache durchaus nicht oberflächlich und leichtsinnig behandeln darf, wie das zum größten Theile bei uns zu geschehen pflegt. Vorfälle aus letzter und aus früherer Zeit dürften uns hiervon hinlänglich überzeugen haben.

Ohne Aufhören machen wir die Erfahrung, daß wir Leute nach Berlin schicken, welche daselbst gar nicht am Plage sind und die sich dort materiell ruiniren. Wenn sie zu Hause blieben, so könnten sie allenfalls wohl noch als nützliche Bürger existiren, in Berlin aber, als Abgeordnete, richten sie für das Volk nichts aus, weil man da überhaupt nichts ausrichten kann, dafür untergraben sie ihre eigene Existenz und diejenige ihrer Familien, ja manchmal vernichten sie diese.

Ein schrecklicher, erschütternder Kontrast ist es demgegenüber, was wir durch das Aussuchen der Abgeordnetenandidaten und ihre Wahlen zu Abgeordneten erreichen wollen. Wenn schon in Berlin unsere Abgeordneten nichts ausrichten können, so müßte sich das Volk durch ihre Wahl wenigstens die Genugthuung verschaffen, daß die von ihnen gewählten Abgeordneten Leute sind, welche in Berlin fähig sind, zu verstehen, worum es sich in den gesetzgeberischen Körperschaften handelt, und welche fähig sind, alle gegen das polnische Volk ins Werk gesetzten Einzelheiten der Politik zu erfassen, um ihre Wähler so gut wie möglich zu informiren. Hierzu können wir uns aber nicht gratuliren, das können wir nicht von allen Abgeordneten behaupten und von der polnischen Fraktion erst recht nicht.

Deshalb muß sich das Volk sagen, daß es bei der Wahl der Kandidaten falsch zu Werke geht, denn es sendet häufig Leute nach Berlin zu deren eigenem Verderben, zu deren materiellem Ruin.

Heute haben wir die Verpflichtung, uns dies öffentlich zu sagen und danach unsere Schritte einzurichten, sonst wird das Volk, das zu immer höherer politischer Bildung gelangt, der Wahlsache gegenüber gleichgiltig und es enthält sich völlig der Abstimmung, selbst, wenn in Folge dessen ein Deutscher durchkommen sollte und ein solches Resultat wäre für uns in der That eine nationale Niederlage.

Dahin haben uns unsere Zentralkomitees, unsere Kreisomitees und unsere Delegirten gebracht. Diese werden es auch noch dahin bringen, daß ihnen die Wähler geradezu den Gehorsam verweigern. Das hat sich bereits bei den letzten Wahlen, sowohl für den Landtag wie auch für den Reichstag, gezeigt.

Mögen nun die Wähler des obigen Wahlkreises bei der Aufstellung eines Kandidaten die größte Vorsicht walten lassen. In erster Reihe muß derselbe durch seine Person Garantie dafür bieten, daß er im Stande ist, sein eigenes Besitzthum gut zu verwalten und zu hüten. Wer das nicht kann, wer es nicht versteht, seine eigenen Interessen wahrzunehmen, der besitzt auch nicht die Fähigkeit, die Interessen seines Volkes in Berlin zu vertreten.

Ein gewisser politischer Bildungsgrad — je höher derselbe ist, desto besser — ist die zweite Bedingung, welche an den Kandidaten gestellt werden muß.

Ein solcher Kandidat wird den Wählern die Gewißheit bieten, daß alle unsere bei den Wahlen, im Namen der nationalen Sache unternommenen Schritte sich zum Mindesten nicht gegen uns selbst wenden, uns nicht dem Gelächter der Deutschen aussetzen und nicht mit einer thatsächlichen Desorganisation der Gesamtheit endigen werden.

Mögen dies in dem Wahlkreise die Urwähler und die Wahlmänner wohl bedenken, denn von den Komitees und Delegirten haben wir in dieser Beziehung nichts zu erhoffen.

Aus Nr. 112 des Wielkopolanin
vom 18. Mai 1899:

Chifanirungen seitens der Post.

Der Verein Stella in Posen übergab der Post einen Brief mit folgender Adresse: „Wielmozy Pan Lebinski Walery w Poznaniu, Wielkie Garbary“. (Herrn Valerius Lebinski, Hochwohlgeboren Posen, Große Gerberstraße.) Man hätte annehmen können, daß dieser Brief in die Hände des Adressaten gelangen würde, denn es waren Name, Vorname und die Straße angegeben. Dieser Brief wurde jedoch dem Verein nach Durchstreichen der letzten Worte „w Poznaniu“ und nach Abänderung von „Wielkie Garbary“ in Gartenstraße 12 parterre zurückgegeben. Auf der Rückseite des Briefes hat der Briefträger den Vermerk gemacht: „Ein Walery Lebinski in Gartenstraße 12 unbekannt. Kluge.“ Die Postdirektion hat hinzugefügt: „Ohne nähere Bezeichnung nicht zu ermitteln. Posen P.-N. 1.“

Die Chifane ist hier fast handgreiflich! Welche nähere Bezeichnung verlangt die Post noch? Vor- und Zuname stand auf dem Briefe, ebenso die Straße, was wünscht denn die Post noch mehr? Einer, der sich dafür interessirt, wird dieser Sache näher treten. Wir würden in der Redaktion des Wielkopolanin schön aussehen, wenn uns die Post weiter so mit-spielen würde. An den Redakteur des Wielkopolanin gelangen täglich eilige Briefe — die Post könnte uns daher manchmal sehr schaden, wenn sie ohne besondere Veranlassung den Absendern die Briefe zurücksenden würde!

Heut ist es schon soweit gekommen, daß sogar die Briefträger von dem System der Nadelstiche durchdrungen sind.

Aus Nr. 115 des Postep
vom 21. Mai 1899:

In unsere Hände ist ein Aufruf in Sachen der Generalversammlung gelangt, der, wie es scheint, von irgend einem geheimen Komitee erlassen ist. Unter dem Aufruf steht Niemand unterzeichnet, und er ist in der Druckerei des Dziennik Poznanski gedruckt worden. Wie man uns sagt, befaßen sich mit der Verbreitung dieses Aufrufs die Herren von Lebinski.

Was für Projekte in diesem Aufruf in Vorschlag gebracht werden, das überschreitet jede Vorstellung; diese Herren wollen ein ständiges Volksparlament begründen, sie träumen davon, jährlich Deputationen nach Berlin zu entsenden pp. Sie empfehlen an, die Delegirten von damit betrauten Parochialzirkeln auswählen zu lassen, und das soll eine Generalversammlung sein.

Wir glauben, daß eine Generalversammlung erst dann zu Stande kommt, falls eine solche schon durchaus stattfinden soll, wenn jeder, der Lust und Willen hat, an ihr theilnehmen kann, aber nicht nur irgend welche Auserwählten, welche in vertraulichen Zirkeln gewählt worden sind. Wir können momentan über diesen Vorschlag der Versöhnungspartei nicht weitläufig schreiben; man kann hierin jedoch das beste

Rettungsmittel der Bankrott gewordenen Hospolitik erblicken, welche nun, nachdem sie Alles verloren hat, auf diese Weise ihre Aktien der Gesamtheit gegenüber retten will.

Aus Nr. 116 des Wielkopolanin
vom 24. Mai 1899:

Aus Trebnagora bei Wapno theilt man uns mit, daß die Bauern, welche an den Reitereskorten theilgenommen haben, die den Erzbischof begleitet haben, vom Distriktskommissar Mandate erhalten haben, in welchem sie aufgefordert werden, dieserhalb 15 Mark Strafe zu zahlen oder drei Tage Haft abzusitzen. Der Distriktskommissar hält die Betheiligung an jenen Reitereskorten für ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Die Betroffenen werden den Gerichtsweg beschreiten. Mag die Sache nun so oder so ausfallen, das Auftreten des Distriktskommissars wird jedenfalls nicht dazu beitragen, um Sympathien für die preussische Regierung zu erwecken.

Aus Nr. 117 des Wielkopolanin
vom 25. Mai 1899.

Die H.-R.-Listen sind über die preussische Regierung aufgebracht, weil für die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, welcher von allen Seiten her deutsche Bücher umsonst zugesandt werden, auch polnische Bücher angeschafft werden sollen. Einer der Herren H.-R.-Listen, der den Namen Lehmann führt, macht sogar den Vorschlag, jene Spender möchten gegen die Absichten der Regierung Protest erheben. — Wogegen protestiren die H.-R.-Listen nicht! Vielleicht werden sie an die preussische Regierung unverzüglich eine Petition richten nun zu erklären, daß die Polen plötzlich alle ausgestorben sind — aber dies werden sie nicht thun, denn dann wäre keine Gelegenheit da, ihren Patriotismus zu befunden.

Aus Westpreußen, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 59 der Gazeta Gdańska
vom 18. Mai 1899:

Pr. Stargard, 16. Mai.

Die über das Schließen der Kramläden und Schankstätten an Sonn- und Feiertagen bestehenden polizeilichen Vorschriften werden in unserer Stadt ziemlich streng gehandhabt. Dies kann man indes von der ganzen Umgegend nicht behaupten. In den eine Meile von hier entlegenen Szpengowskischen Gütern entheilt man den Sonntag durch Feldarbeiten seit mehreren Jahren: Dort wird Dünger gefahren, gepflügt, geeggt u. s. w., gerade so wie an Wochentagen, zum Vergerniß aller Anderen. Der Umstand, daß nicht der herrschaftliche Boden, sondern das Land der Dominialarbeiter bestellt wird, ändert an der Sache nichts.

Die bekannte Regierungs-Verfügung, nach welcher sich die Lehrer an den Wahlen betheiligen sollten,

macht sich manchem dieser Herren fühlbar. Der jugendliche Lehrer B. aus S., ein Katholik, ging vielleicht in Folge Verhinderung oder in der Ueberzeugung, daß er noch nicht wahlberechtigt sei, nicht zu den Wahlen. Nachdem er wegen dieser Wahlenthaltung, die als Polenfreundschaft ausgelegt wurde, durch einen H.-R.-Liste denunziert worden war, ist er neulich zum Verhör und zum Termin gewesen. Daraus ist zu ersehen, daß die H.-R.-Liste nicht nur uns, sondern mitunter auch den Thrigen zu schaden suchen. Es ist mir bekannt, daß genannter Lehrer nicht ein Wort polnisch kann, und nach einem Wohlwollen desselben für die Polen wird man vergeblich fragen müssen.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka
vom 23. Mai 1899:

Der Redakteur Majerski von der Gazeta Grudziadzka

hatte gegen das Erkenntniß des Landgerichts Graudenz, welches ihn auf Grund des § 360, II des Strafgesetzbuchs, wegen Aufnahme eines mit den Worten „Boze, zbaw Polske“ beginnenden Artikels zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt hatte, Berufung eingelegt, die jedoch am 19. d. Mts. vom Oberlandesgericht in Marienwerder zurückgewiesen worden ist. In seinen Bericht über den Verlauf der gerichtlichen Verhandlung knüpft das Blatt folgenden Kommentar:

„Nun, jetzt können sich die Herren Staatsanwälte dies an den Zeitungen zu Nutzen machen! Setzt wird es Prozesse wegen „groben Unfugs“ über die Gazeta Grudziadzka und über ihre Redakteure Wochenhaft nur so regnen! Aber auch unter diesen Schlägen werden wir nicht erliegen noch uns beugen! Und wenn einer unsrer Redakteure nach dem anderen in den Gefängnissen schmachten sollte, so werden wir auch dadurch uns nicht zurückschrecken lassen! Wir haben unser liebes polnisches Volk bis dahin über die Pflichten gegenüber Gott und Polen belehrt, wie es unser Gewissen gebot, und wir werden es auch fernerhin unerschrocken thun, ungeachtet aller Staatsanwälte. Unserer Ansicht nach kann man in einer Zeitung keinen groben Unfug verüben, und diese unsre Meinung theilen auch unsre Leser. Wir fragen auch, weshalb man früher nichts von jenem groben Unfug gehört hat, weshalb erst seit etwa zwei Jahren solche Prozesse angestrengt werden, obgleich dieser Paragraph 360, II schon seit einem Duzend Jahren besteht?

Darum ruft auch jeder wegen groben Unfugs angestrenzte Prozeß und jedes verurtheilende Erkenntniß nur immer größere Erbitterung unter unseren Lesern, unter dem Volke hervor, und wenn die Herren Staatsanwälte meinen, daß dies dem Staate zum Nutzen gereichen werde, dann irren sie sich arg.

Was uns betrifft, so wiederholen wir nochmals, daß uns nichts einschüchtern, nichts abhalten wird, daran zu arbeiten, daß dem Volke der heilige Glaube und das Polenthum erhalten bleibe. Wir wissen, daß Gott seiner getreuen Arbeiterschaft helfen wird.

Aus Nr. 58 der Gazeta Grudziadzka
vom 10. Mai 1899:

Die Gazeta Grudziadzka giebt den in der vorigen Nummer des Gesamtüberblicks enthaltenen

Artikel, betreffend die Wahlen in dem Wahlkreise Konitz-Tuchel-Schlochau, wieder und knüpft daran folgendes ihr aus Wählerkreisen zugegangene Schreiben:

„Die letzten an die westpreussischen Blätter gerichteten Zuschriften, betreffend die Wahlen in unseren Kreisen, scheinen aus der Feder solcher Personen zu stammen, welche mit unseren Verhältnissen absolut nicht vertraut sind. Deshalb erlaube ich mir, in nachstehenden Betrachtungen diese Sache nach einem anderen Gesichtspunkte hin zu berühren.

Zunächst bemerke ich, daß Propst Gehrt als Kandidat und Zentrumsführer am Tage vor den letzten Wahlen erklärt hat, er verzichte gern zu Gunsten unseres Abgeordneten Herrn Wolszlegier aus Schönfeld, dem aus Dankbarkeit und weil er die Mehrheit hat, das Mandat gebühre, (Worte des Pfarrers Gehrt), wenn Herr Wolszlegier und die Polen solches fordern würden. Unsere Wahlmänner würden mit voller Sicherheit auf der Kandidatur des Herrn Wolszlegier beharren haben, falls dieselbe Aussicht auf Sieg gehabt hätte. Dasselbe hat der Pfarrer Gehrt auch nach den Wahlen mündlich und schriftlich wiederholt den Vertrauensmännern des hiesigen Wahlkreises erklärt. Um so unverständlicher ist der „Rath“, „nur einem Polen die Stimme zu geben, oder aber lieber zu Hause zu bleiben“. Ein solcher „Rathschlag“ kann nur zum Siege des Herrn Landraths beitragen. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß nach unsern Wahlsatzungen die endgiltige Entscheidung unseren Wahlmännern in Konitz zusteht. Dem entsprechend ist es in jedem Falle erforderlich, daß sich alle unsere Wahlmänner bis auf den letzten Mann in Konitz einfinden sollten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf jeden Fall in erster Reihe für Herrn Wolszlegier gestimmt werden wird. Für den Fall der Unmöglichkeit, einen Polen durchzubringen und für den Fall der Möglichkeit des Sieges des Pfarrers Gehrt, würde es sich empfehlen, die Stimmen dem Centrumsmann zu geben, wie dies seiner Zeit in Thorn, in Posen und auch in anderen Wahlkreisen geschehen ist, wo man für einen freisinnigen Kandidaten gestimmt hat. Es wäre sehr unangenehm, wenn durch unsere Schuld der konservative, Landrath Kersten, welcher in vielen Beziehungen dem bekannten Herrn Gerlich ähnelt, den Sieg davontragen sollte.

Zur besseren Beleuchtung der Sache geben wir nachstehend folgende Statistik: Wenn die Ergänzungswahlen ebenso ausfallen sollten, so ist das Stimmenverhältniß folgendes:

- 1) Polen 201; 195 (vorher);
Centrum 59; (41 und 2, die letzten beiden stimmten von vornherein für den Bündler Hilgendorf);
- 2) die konservativ-liberale Partei 261 (255), deren etwa 44 der liberalen Partei gehörten;
- 3) die Partei der „Bündler“ 29 (31 mit zwei Centrumsmitgliedern).

Hieraus geht hervor:

1) Wenn sich alle „Bündler“ der Wahl enthalten sollten, so würden wir, falls wir Herrn Wolszlegier wählen sollten, eine Stimme zu wenig haben — 260 gegenüber 261. Die Bündler haben sich gar nicht verpflichtet, für Herrn Wolszlegier zu stimmen, oder sich der Wahl vollständig zu enthalten, sie haben vielmehr einen Kompromiß mit dem Centrum geschlossen. Mit Recht ist daher anzunehmen, daß sich dieselben im Falle der Kandidatur des Herrn W. auf die Seite der Konservativen schlagen werden.

In diesem Falle werden wahrscheinlich neun für Herrn Kersten, vier für einen Polen stimmen und der Rest wird sich der Wahl enthalten. Danach sind die

Aussichten folgende: Wolszlegier 264, Kersten 270. Eine genaue Berechnung der Kräfte ist nur am Vorabende der Wahl, oder am Tage der Wahl selber möglich.

2) Falls wir für den Pfarrer Gehrt stimmen sollten, würden wir aller Wahrscheinlichkeit nach folgendes Resultat erzielen:

Polen	201
Zentrum	59
Bündler	22
	282
Konserv.	261
Bündler	3, 4 würden sich enthalten
	264

Aus obiger Zusammenstellung erhellt, daß die Wahl des Herrn Wolszlegier wenig Aussicht auf Erfolg hat, es sei denn, daß sich 44 Liberale der Wahl enthalten würden, daran ist jedoch zu zweifeln. Dagegen ist die Wahl des Pfarrers Gehrt bei Weitem mehr gesichert.

Aus Bystawek erhielten wir in dieser Angelegenheit nachstehendes Schreiben:

Bystawek, den 14. Mai 1899.

Wir lasen in verschiedenen Blättern, die Koschneider hätten die Absicht, uns in ihren Pflug zu spannen. Den Herren Koschneidern fällt es ein, zu glauben, daß wir Polen bei den Wahlen für ihren Abgeordneten stimmen werden. Wir Polen hätten von der Wahl eines deutsch-katholischen Abgeordneten keinen Vortheil, denn die „Deutschkatholiken“ sind uns ebenso feindlich gesinnt, wie alle anderen Deutschen. Deshalb protestiren wir gegen jedweden Kompromiß mit einer fremden Partei und erklären, daß wir unsere Stimmen nur für Herrn Wolszlegier aus Schönfeld abgeben werden.

Die Wahlmänner
des Wahlkreises Konitz-Tuchel-Schlochau.

Borzyzowski aus Bystawek, — Franz Jaruszewski aus Minikowo, — Andreas Nitka aus Minikowo, — Michael Müller aus Minikowo, — Michael Czerwinski aus Minikowo, — Jaworski aus Bystawek, — Sobocki aus Bystawek.

Solche Aeußerungen lassen sich in Sachen der Wahlen aus dem Wahlkreise Konitz-Tuchel-Schlochau vernehmen.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka
vom 20. Mai 1899:

In Sachen der Wahlen in dem Wahlkreise Konitz-Tuchel-Schlochau berufen sich die Centrumsmänner auf ihren mit den Bündlern geschlossenen Kompromiß und suchen den Unsrigen einzureden, daß sie für ihren deutsch-katholischen Kandidaten stimmen möchten. — „Wenn Ihr für den Deutschkatholiken stimmen würdet, so würde derselbe sicher den Sieg davontragen, denn diesem stehen auch die Stimmen der Bündler zur Seite; Euer polnische Kandidat dagegen würde diese niemals bekommen, deshalb rathe ich Euch, Eure Stimmen dem Unsrigen zu geben, um wenigstens einen Deutschkatholiken durchzubringen. Ihr selber müßt ja einsehen, daß Ihr Euren Polen durchzubringen nicht im Stande seid.“ So flüstern die Herren Deutschkatholiken unseren Wahlmännern zu, um sie zur Wahl für einen Deutschkatholiken zu fördern.

Gegenwärtig bringt das kreuzritterliche Westpr. Volksblatt auf Grund anderer deutscher Blätter die Nachricht, daß die Bündler auf der am 10. d. Mts. in Konitz abgehaltenen Versammlung fast einstimmig folgenden Beschluß gefaßt haben: „Die heut in Konitz versammelten Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe“ verharren bei dem für die jezigen Wahlen geschlossenen Kompromiß in der Hoffnung, daß der „Bund“ in Zukunft sich nicht mehr entzweien wird.“

Das Westpreußische Volksblatt freut sich gar sehr, denn das ist für dasselbe klar wie das Sonnenlicht, falls die Bündler Wort halten sollten, so braucht man nach den Polen nicht zu fragen; denn für letztere müsse es eine große Ehre sein, einen deutsch-katholischen Abgeordneten mehr wählen zu helfen. Wozu seien denn die Polen da, wenn nicht dazu, um mit Hilfe ihrer Stimmen die Herren „Deutschkatholiken“ zu unterstützen? Nun, diesmal hat sich aber der Danziger Kreuzritter gewaltig verrechnet!

Zunächst hat sich der Wohlwöbliche Kreuzritter bezüglich der Bündler arg verrechnet, denn, wie die Danziger Zeitung berichtet, beabsichtigt der größte Theil der Wahlmänner der Bündler die Mandate niederzulegen. Wer nicht auf den Kopf gefallen ist, der wird sehr wohl verstehen, was das zu bedeuten hat. Der Gesellige und auch ihm anverwandte Blätter sind vom vielem Schreien über die „Bündler“ schon heißer geworden, damit diese nicht für einen „Katholiken“ stimmen möchten. Der „Lafai“ erzählte vor Kurzem, daß ein Theil der irreführten Bündler, welche für den Pfarrer Gehrt gestimmt haben, bereits ins deutsche Lager zurückgekehrt sei. Alles in allem, was die Bündler anbelangt, so wird sich wohl der wohlwöbliche Kreuzritter arg verrechnen, wie dies aus der Nachricht der Danziger Zeitung erhellt, welche, um die Wahrheit zu sagen, es nicht liebt, in den Wind hineinzureden.

Vor allem aber befindet sich das Westpreußische Volksblatt bezüglich uns Polen sehr im Irrthum, wenn es meint, daß unsere Wahlmänner auf den Leim der Deutschkatholiken sammt den Bündlern gehen würden. Ei, das sind schon zu schlaue Füchse um sich durch so erbärmliche Brocken ködern zu lassen!

Die Zeiten sind vorüber, in denen noch die Polen für die Deutschkatholiken die Kastanien aus dem Feuer holten um dafür den Ehrentamen Bundesgenossen des Zentrums zu erhalten. O Gott, wie sind diese Zeiten auf Nimmerwiederkehr vorüber! Wir haben genug geopfert, jetzt ist es Zeit, daß auch die Deutschkatholiken mit dem Geben an die Reihe kommen, und sollten sie es nicht thun wollen, so schadet's auch nichts, bitten werden wir sie auf keinen Fall darum.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka
vom 26. Mai 1899:

Die im Wahlkreise Tuchel-Schlochau-Konitz

bedorftenden Wahlen beschäftigen alle Gemüther sehr lebhaft. Es giebt jedoch leider immer Personen, welche das Heil des polnischen Volkes in dem Eintreten für den Pfarrer Gehrt, also für einen Centrumsmann erblicken. Man sagt, ein solcher sei ein kleineres Uebel, als ein Konservativer.

Allerdings, unter gewöhnlichen Verhältnissen könnte man einen Centrumsmann für das kleinere Uebel ansehen; aber hier muß man beachten, daß es durchaus keineswegs sicher ist, daß der Centrumsmann

mann Pfarrer Gehrt durchkommen wird, eher kann man mit aller Bestimmtheit erwarten, daß er durchfallen wird. Nun, und solcher ungewissen Fische wegen sollten wir das Volk irreleiten und unseren Wahlmännern empfehlen, einem Fremden ihre Stimme zu geben? Niemals! Uebrigens befinden wir uns gegenwärtig in ungewöhnlichen Verhältnissen, und es handelt sich gerade darum, den Zentrumsleuten eine Lektion für die Zukunft zu erteilen. In der letzten Zeit sind die Herren Zentrumsleute uns gegenüber kreuzritterlich aufgetreten; sie sehen uns für Achenbrödel an, sogar in der Kirche, und sie haben sogar schon einen so großen Mund bekommen, daß man sich damit keinen Rath weiß. Was ist das z. B. für eine Reckheit, so ohne weiteres darauf zu rechnen, daß die Polen, deren es doch sechsmal mehr giebt, als Zentrumsanhänger, diesen, sogar ohne daß man anständig darum hätte, die Stimmen geben werden! Das ist gerade so, als wäre es für die Polen eine so große Ehre, daß man ihnen gestattet, für den Zentrums kandidaten zu stimmen! Nun, diesmal wird nichts daraus werden, Ihr Herren vom Zentrum! Zunächst müssen Eure großen Mäuler etwas kleiner werden, zunächst müßt Ihr Euren Danziger kreuzritterlichen Blatt etwas die Zügel anlegen, und dann erst, wenn einst wieder irgendwelche Wahlen stattfinden werden, wird es zwischen uns vielleicht eher zu einer Verständigung kommen. — „Aber unser Kandidat ist ja ein Pfarrer!“ so rufen die Herren Zentrums männer. Nun, und was will das sagen? War Pfarrer Dr. Wolszlegier nicht ebenfalls ein Pfarrer? Und was geschah in Ermland? Wie sind da andere Pfarrer, natürlich Deutsche, über ihn deswegen hergefallen, weil er es gewagt hat, Kandidat des polnischen Volkes in Ermland zu sein. Man hat ihn ja sogar eine Schlange genannt, und zur Zugabe noch von der Kanzel herab.

Es ist noch nicht lange her, und wir erinnern uns noch vorzüglich der Heze, die Ihr Herren vom Zentrum gegen Pfarrer Dr. Wolszlegier ins Werk gesetzt habt. Das polnische Volk hat ein gutes Gedächtniß, und daher werden seine Wahlmänner für Euren Kandidaten nicht stimmen; obgleich derselbe Pfarrer ist. Bessert zunächst Euren Lebenswandel, Ihr Herren vom Zentrum, dann wollen wir mit einander reden. Diesmal aber — nicht!

Aus Nr. 114 des Kuryer Poznański
vom 20. Mai 1899:

Die Landtagswahlen in dem Wahlkreise Konitz—Tuchel—Schlochau finden, wie bekannt, am Anfange des nächsten Monats statt. Das Stimmenverhältniß ist etwa folgendes: Die Polen haben 201, das Zentrum 59, die Bündler 22, die Konservativen 261 Stimmen. Die westpreussischen polnischen Blätter rathen davon ab, mit der Zentrums partei einen Kompromiß zu schließen, die in diesen Kreisen wenig vertretene polnische Intelligenz dagegen soll für einen Kompromiß sein. In den Aeußerungen mancher Wahlmänner aus Volkskreisen und ebenso in den Artikeln der westpreussischen Blätter offenbart sich ein großer Mangel an Vertrauen, ja sogar Abneigung gegen die Deutschkatholiken; daher stammen auch die Widersprüche gegen den Kompromiß. Kandidat der Zentrums partei ist der Pfarrer Gehrt, ein Deutscher, welcher sicher nicht verdient, die Zielscheibe von Angriffen zu sein, die sich übrigens nicht gegen seine Person, sondern allgemein gegen die Deutschkatholiken richten. Die polnischen Wahlmänner würden ohne

Zweifel sehr unklug handeln, wenn sie für den Fall, daß es unmöglich wäre, den polnischen Kandidaten durchzubringen, während Pfarrer Gehrt, mit Hilfe eines Kompromisses, sicher auf Sieg zu rechnen hätte, durch ihr in diesem Falle absolut unbegründetes Sichtrennen von den Zentrumsleuten mittelbar zum Siege eines Kandidaten beitragen würde, welcher jedem Polen weniger sympathisch sein müßte, als der Pfarrer Gehrt. Wenn irgend ein Pole die Wahl des Pfarrers Gehrt als weniger glücklich ansehen sollte, so müßte ihm der eigene Verstand sagen, daß von zwei Uebeln das kleinste zu wählen das Richtigere ist. Weshalb ziehen es denn die Polen vor, daß durch ihr mittelbares Dazuthun ein Nichtkatholik statt eines katholischen Priesters gewählt werde? Mögen dies die katholischen Blätter und auch die polnischen Wähler wohl erwägen.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka
vom 20. Mai 1899:

Ostrowo, im Kreise Briesen.

Brüder und Glaubensgenossen!

Die Versammlung unseres Vereins konnte am Sonntag, den 7. Mai, nicht abgehalten werden, weil die Polizei die uns anfangs hierzu erteilte Genehmigung im letzten Augenblicke — jedenfalls auf Grund einer höheren Orts erlassenen Verfügung — wieder zurückgezogen hat. Bei unserer ersten Versammlung waren zur Aufrechterhaltung der Ordnung drei Gendarmen zur Stelle. Nun, diese Herren hatten keinerlei schwierige Arbeit zu verrichten, denn wir konnten selbst, ohne Hilfe der Polizei, die Ordnung aufrecht erhalten. Wir sind der Polizei für die uns bewiesene Obhut sehr dankbar. Ihr Landsleute, kommt nur dreist zu unseren Versammlungen, denn zu Hause könnt ihr auch nicht besser beschützt sein, wie in unserer Versammlung. Laßt Euch von unseren Busenfreunden nicht einreden, daß die Theilnahme an einer polnischen Versammlung etwas Unrechtes sei. Das ist eine ausgemachte Lüge; es würden ja sonst unsere Versammlung nicht drei Gendarme besucht haben, um sich mit der Beschützung der versammelten Mitglieder zu befassen. In einer polnischen Versammlung wird Dir, mein Bruder, kein Haar vom Haupte fallen, wie dies im Wirthshause oft zu geschehen pflegt, wo der Unglück bringende Brannntwein manch einen unter den Tisch wirft und zu Schaden kommen läßt.

Man hat uns das Lokal vielleicht deshalb verwehrt, weil uns darin die Lust zu stiefig geworden wäre. Der deutsche Gastwirth will sein Lokal zu Zwecken einer Versammlung nicht hergeben. Was nun? So werden wir die Scheune aufsuchen, ihr Landsleute! Da ist es hübsch kühl. Nun, und zum Winter, da wird sich wohl ein anderes Mittel ausfindig machen lassen, um die Versammlungen abzuhalten.

Ich meldete an, daß unsere in Aussicht genommene Versammlung am ersten Pfingstfeiertag, um 5 Uhr Nachmittags in der Scheune des Besitzers Herrn Jakob Paczkowski stattfinden werde. Deshalb, Ihr Landsleute, stellt Euch zur Versammlung alle wie ein Mann und jeder von Euch bringe mindestens ein neues Mitglied mit. Holla, Ihr Brüder, wir müssen zeigen, daß unser Verein leben muß und leben wird: Ich für meinen Theil verspreche, daß ich mindestens fünf neue Mitglieder für den Verein gewinnen und zum Vereine stehen will bis zuletzt,

wie ein tapferer Soldat. Ich fürchte mich vor keinen Drohungen, und eher lasse ich mich ins Gefängniß führen, als daß ich von dem mir gestreckten Ziele abweichen sollte.

Es ist Euch allen in der Gegend wohl bekannt, daß ich meine Stelle verloren habe und daß ich jetzt mich und meine Familie durch meiner Hände Arbeit zu ernähren gezwungen bin. Doch Ihr habt niemals gehört, daß ich über mein schweres Loos geklagt hätte.

Von einer Polin bin ich geboren,
Aus ihrer Brust habe ich die Neigung gezogen,
Dem Polenthum und Euch, Brüder,
Stets treu zu sein.

So seid auch Ihr, geliebte Brüder, fest, schreckt vor keiner Drohung zurück, komme sie auch aus einem noch so großen Munde, denn ohne Schuld kann uns Niemand bestrafen! Möge der Deutsche Deutscher bleiben, der Pole aber möge sich mit Händen und Füßen ans Polenthum klammern! Hütet Euch, Ihr Brüder, damit es von Euch nicht heiße, Ihr traget den Mantel auf beiden Schultern. Wer ein Pole ist, der muß das Polenthum auch mit ganzer Seele lieben. Wer für den Deutschen Deutscher, und für den Polen Pole sein will, der ist ein niederträchtiger Heuchler und jeder redliche Deutsche muß ihn verachten. Von einem solchen Menschen hat selbst Christus gesagt: „Du bist weder kalt noch warm und deshalb fange ich an, dich aus meinem Munde zu speien.“ So verachtet auch der Herr Jesus einen solchen Speichellecker und Heuchler.

Seid nicht wie ein Rohr, das jeder Windstoß hin und her bewegt, sondern steht fest zu unserm Verein; vereinigen wir uns unter brüderlichem Händedruck, und Niemand wird im Stande sein, unser kräftiges Band zu zerreißen!

Alle Sorgen und Angelegenheiten unseres Vereins könnt Ihr, Brüder, auf mich laden, meine Schultern nehmen gern die süße Last auf sich. Ich empfehle Euch, Brüder, dem Schutze des Herrn bis auf ein Wiedersehen in der nächsten Versammlung.

Euer Basilius Kasyna.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 115 des Dziennik Śląski
vom 21. Mai 1899:

Großpolnische Agitationsfonds.

Wir lesen in der Berliner Volkszeitung: Mit Genehmigung des Dekans der Universität wurden einem gewissen Studirenden der Medizin in Breslau, einem Polen, die Kollegiangelder für zwei Semester gestundet. Auf seine Eingabe um weitere Stundung dieser Kollegiangelder für das dritte Semester erhielt jener Student einen abschlägigen Bescheid. Er befragte darauf den Dekan der medizinischen Fakultät nach den Gründen, worauf ihm der Dekan erwiderte, daß, obwohl er sich persönlich nichts habe zu schulden kommen lassen, die weitere Stundung ihm deshalb verweigert werde, weil er Pole sei, und in Zukunft studierende Polen eine Stundung von Kollegiangeldern weiter nicht erhalten würden.

Jetzt veröffentlicht die Breslauer Zeitung eine ihr aus amtlicher Quelle übersandte Berichtigung jener Mittheilung, welche lautet, daß dem benannten Studenten die Stundung seiner Kollegiangelder nicht deshalb verweigert worden sei, weil er Pole sei,

sondern lediglich mit Rücksicht darauf, daß er aus dem großpolnischen Agitationsfonds Unterstützung genieße. Endlich würde wie früher, so auch jetzt den polnischen Studenten Stundung gewährt werden, soweit sie dieser Erleichterung für würdig befunden werden würden, und soweit dies erforderlich sein wird.

Es ist schon seit langer Zeit Jedem bekannt, daß der Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend (Marcinkowski-Verein) den H.-R.-Tisten ein Dorn im Auge ist. Wir hätten jedoch niemals geglaubt, daß die Universitäten, deren erstes und erhabenstes Ziel sein soll, die Lern- und Wissensdursten ohne Rücksicht auf deren Herkommen und Nationalität an sich zu ziehen, von eben solchen Gefühlen gegen die polnische Jugend beseelt sind, welche sich mit Hilfe des Marcinkowski-Vereins ausbildet. Politik auf dem Gebiete der Wissenschaft ist eine sehr ungesunde Erscheinung, und die Väter der Akademie, dieser Quelle des Wissens und der Klugheit, dürfen sich mit nationaler Politik nicht befassen. So kann man auch in dem Verhalten der Breslauer Hochschule ein äußerst unangenehmes Zeichen der Zeit erblicken.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 20 der Gazeta Robotnicza
vom 20. Mai 1899:

Genug damit!

Seit einigen Wochen bereist der Erzbischof von Stabłowski seine Erzdiözese und firmt die Gläubigen und geistig Darbenden. In den Städten und Dörfern, die er auf seiner Reise berührte, wurden mit Kränzen und Guirlanden geschmückte Triumphbogen errichtet und die Bauern zu Fuß und zu Pferde, geschmückt mit Schärpen, Gurten und Nationaltrachten, überhaupt mit Allem, womit unser Volk so gerne sich kleidet und womit es einem so hohen Würdenträger die größte Freude zu bereiten meint, empfangen und begleiteten ihn mit großer Parade. Auf einmal unterbrach der Erzbischof seine Rundreise; als Grund gab er im Kurier den Tod seines Kollegen Kremenz in Köln an, er begründete jedoch die Veranlassung durch einen langen Hirtenbrief, dessen Schluß folgendermaßen lautete: „Ich bin überzeugt, daß meine, der katholischen Kirche treu ergebenen Schäflein auch in Zukunft bemüht sein werden, mir bei diesen festlichen Gelegenheiten überall gerade dadurch eine Freude zu bereiten, daß sie auch alles Das zu vermeiden bemüht sein werden, was in Betreff der Farben oder der der Einfachheit und dem religiösen Ansehen nicht entsprechenden Trachten durch Staatsgesetze verboten ist. Dies bezieht sich auch auf die durch das ceremoniale episcoporum vorgeschriebenen Reitereskorten, um sich dadurch auch vor dem Schein irgend eines Vorwurfs zu sichern.“ Eine solche Zurechtweisung erhielten die Schäflein für ihre treue Anhänglichkeit und für die Veranstaltung großartiger Huldigungen zu seinem Empfange. Dies bedeutet soviel: Genug damit, die Huldigungen gefallen den deutschen Beamten nicht, Ihr machet also mir nur dann eine Freude, wenn Ihr Euch so betraget, wie es den Deutschen gefallen wird.

Der Drendownik bemerkt dazu: „Es ist zu bebauern, daß nicht schon früher Jemand sich des ceremoniale episcoporum erinnert hat — etwa vor dem nächtlichen Abenteuer in Opalenika —, wir hätten uns viele Unannehmlichkeiten dadurch erspart.“

Wir hoffen, der Erzbischof von Stabłowski wird in Zukunft in Begleitung einiger Gendarmen sich

auf Reisen begeben, welche das polnische Bauernvolk darüber belehren werden, wie es den Deutschen und dem Erzbischof genehm ist.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 19 des Kraj
vom 7. (19.) Mai 1899:

H.-R.-Tismus ohne Ende. Verlust an Grund und Boden. Das Schulwesen. Ermordung eines Knaben durch einen Lehrer.

Wenn nicht der H.-R.-Tismus wäre, hätten wir wirklich aus Großpolen nichts zu berichten. Der Kampf auf Tod und Leben charakterisiert alle Verhältnisse, und das öffentliche, private, politische, wirtschaftliche, ja sogar das gesellige Leben trägt stets und überall das Merkmal dieses Kampfes, eines Kampfes der deutschen Titanen mit den polnischen Ueberresten. Dies kann die Leser wohl langweilen, für uns aber bildet es die Lebensfrage, in welcher sich das ganze publizistische Interesse sammelt. Das Traurigste bei diesem Kampfe ist das fortwährende Abnehmen des Grundes und Bodens auf unserer Seite. Ungeachtet dessen, daß die Lage der Landwirtschaft sich bedeutend gebessert hat, bildet ein gewisses „sauve qui peut“ stets noch das Merkmal vieler unserer Landwirthe. Bei jeder Gelegenheit bieten sie der Ansiedlungs-Kommission ihren Grund und Boden zum Kauf an, in der Voraussetzung, sie werde ihnen einen hohen Preis zahlen. Gewissenlose Vermittler, denen nur daran gelegen ist, eine Provision aus dem Verkauf zu erzielen, spornen die Lust dazu an. Derartige Geschäftsleute giebt es selbst unter den Polen immer mehr.

Einer derselben veranlaßte vor Kurzem den Verkauf des ersten, unmittelbar am Goplosee in dem kujawischen Kreise Strelno belegenen polnischen Gutes. Der Besitzer, ein Pole, bethört von einem Agenten, verkaufte, ohne es nöthig zu haben, das Gut Racice, und der polnische Agent hatte von beiden Parteien so viel verdient, daß er nach beendetem Geschäft mit den Zwanzigmarkstücken wie mit Spreu in der Kreisstadt umherwarf.

Die Leidenschaft, sich des Grundes und Bodens zu entäußern, bemächtigte sich bereits sogar der Bauern. Auch sie werden von gewissenlosen Vermittlern traktirt und im betrunkenen Zustande zur Veräußerung des heimathlichen Grundes und Bodens, natürlich zu fabelhaft hohen Preisen, genöthigt. Für den schwarzen kujawischen Boden zahlen die Erwerber bereits 450 bis 600 Mark für den Magdeburger Morgen. Diese hohen Preise werden jedoch nicht lange anhalten. Sobald die Zuckerausfuhr aus Deutschland nach Nordamerika aufhört und, was damit in Zusammenhang steht, der Zuckerrübenbau fällt, wird der Grund und Boden seinen künstlich in die Höhe geschraubten Werth verlieren und ein ernsther Landkrach eintreten. Und einen solchen Umschwung in den Verhältnissen können wir schon in drei bis vier Jahren erwarten. Von diesem Krach werden dann vorwiegend die Deutschen betroffen, die jetzt unerhörte Preise für den Grund und Boden zahlen, leider werden aber die Erwerber der bankrottritten Wirtschaften wieder Deutsche sein. Wir Polen werden bis dahin nicht solche Kapitalien erwerben, mit Hilfe deren wir das heute so theuer verkaufte Land wiedererwerben könnten. Im Uebrigen wird, insofern sich der Erwerb des Grundes und Bodens für theures Geld auf die Ansiedlungs-Kommission bezieht, dieser ein Krach nichts schaden, denn sie

schöpft ihre Kapitalien aus dem Staatsfädel und ist keinen finanziellen oder wirtschaftlichen Konjunkturen unterworfen. Der Erwerb des ersten Gutes in Kujawien, in der Nähe von Strelno, seitens der Ansiedlungs-Kommission wird zur Folge haben, daß in dieser Gegend binnen Kurzem ein ganzer Komplex von Ansiedlungsgütern entstehen wird. Solche Polen, die ihre Güter zu verkaufen wünschten, giebt es dort noch nicht; es entstand daher die Ansicht, einige deutsche Rittergüter (Sufow, Polanowiz u. s. w.) anzukaufen. Wenn demnächst diese Ländereien in den Besitz deutscher Ansiedler übergehen, wird die polnische Mehrheit bei den Reichstagswahlen immer zweifelhafter werden. Jetzt ist sie noch gesichert, doch wenn mehrere solcher Lücken im Kujawienlande entstehen, wird es leicht auf die deutsche Seite neigen. Mit Ingrimms haben bis jetzt die hafatistischen Macher, daß gerade in Kujawien die polnischen Bauern Ländereien von deutschen Ansiedlern erwarben, sie wollen also jetzt solche Leute dort ansäßig machen, welche von den Polen nicht mehr aufgekauft werden könnten.

So steht es bei uns mit dem Grund und Boden. Schlimmer noch steht es mit dem Schulwesen. Die Lehrer heben, natürlich in höherem Auftrage, den Rest des polnischen Sprachunterrichts und des Religionsunterrichts in polnischer Sprache, angeblich nach dem Grundsatz auf, daß die Bevölkerung der deutschen Sprache genügend mächtig sei und sich der polnischen Sprache in der Schule nicht zu bedienen brauche. Die edlen Bemühungen, die Kinder privatim im Polnischen zu unterrichten, begegnen den größten Verfolgungen, die nicht einmal gesetzlich begründet sind. Allen gesetzlichen Bestimmungen zuwider setzt die Polizeibehörde 100 Mark Geldstrafe gegen Damen fest, die privatim einige Kinder polnisch lesen und schreiben lehren. In dieser Angelegenheit sind verschiedene Volksversammlungen abgehalten worden, selbst eine Deputation hat sich nach Berlin begeben, um dem Minister Boffe das uns zugesagte Unrecht vorzutragen. Der preussische Kultusminister empfing die Deputation, entgegen seiner Gewohnheit, ziemlich zuvorkommend und versprach, die Sachlage zu prüfen, doch haben wir wenig Hoffnung, daß er die polizeiliche Verdeutschungsmaßregel zurücknehmen werde. Dieser Minister ist dafür bekannt, daß er, wenn er mit der prozigen Ungerechtigkeit nicht durchkommt, etwas zu versprechen versteht, was wie eine Erleichterung aussieht, aber in der Folge stets trügt. So war es zur Regierungszeit Caprivis, und wie ist es jetzt erst? Er erwähnte in Gegenwart der Deputation, daß er vielleicht Jedem das Recht einräumen werde, zwei Kindern den polnischen Sprachunterricht zu erteilen. Auf diese Weise würden fast ebensoviel Lehrer und Lehrerinnen, wie es Schüler giebt, erforderlich sein. Die angebliche Erleichterung würde uns in der Wirklichkeit einen sehr geringen Nutzen bringen.

Viel Lärm verursachte hier selbstverständlich der an einem 7½-jährigen polnischen Knaben seitens eines hafatistischen Lehrers im Kreise Krotochin verübte Mordschlag. Dieser Lehrer hatte den Knaben dadurch, daß er ihn über eine Bank zog und mit einem Rohrstoß bearbeitete, dermaßen gemißhandelt, daß er am nächstfolgenden Tage verstarb. Der schlaue Missethäter zeigte sich selbst der Staatsanwaltschaft an, zwei deutsche Aerzte haben jedoch zu seinem Gunsten ausgesagt. Es wurde ein Wirbelsäulenbruch und ein Darmriß festgestellt, doch nicht der bei der Züchtigung übereifrige Lehrer hat dies Alles verursacht, sondern das Diskuspiel, womit sich der Knabe mit seinen Mitschülern während der Pause die Zeit vertrieb, trug die Schuld daran. Eine solche von schwacher Knabenhand geworfene, runde Scheibe könnte höchstens an dem Körper des Getroffenen eine Beule hinterlassen, sie kann aber unmöglich den Knaben tödlich verlegen. Und doch hat der ärztliche H.-R.-Tismus

anders ausgesagt, und in den amtlichen Kreisen hat man nicht üble Lust, die Sache zu vertuschen. Die polnische Fraktion in Berlin wollte den Fall zum Gegenstande einer Interpellation machen, sie verfügt jedoch nur über 13 Stimmen, zur Stellung eines Antrages aber sind 20 Stimmen erforderlich. Diese elenden paar Stimmen konnte die Fraktion von dem Zentrum nicht erhalten und mußte auf die Interpellation verzichten. Trotzdem wird die Sache den Landtag in der milderen Form eines Antrags, betreffend die allzustrenge Züchtigung von Kindern durch Lehrer beschäftigen. Wir werden dann amtlich erfahren, welches Protokoll die Aerzte bei der Leichenöffnung des Knaben aufgenommen haben, und vielleicht wird der fürchterliche, durch seine Aufregung bekannte Pädagoge in — eine bessere Stelle, ohne polnische Kinder versetzt werden; ein größeres Unrecht wird man ihm wohl nicht anthun.

Aus Nr. 117 des Lech
vom 24. Mai 1899:

Das russische Tageblatt Nowoje Wremia tritt gegen die Agitation des Alldeutschen Verbandes auf und schreibt:

„Die Propaganda des Alldeutschen Verbandes bedroht in erster Linie die Ruhe Oesterreichs, demnächst aber auch diejenige Rußlands. Ihre Agitation ist Rußland deshalb gefährlich, weil der Verband es verstanden hat, überall unter dem deutschen Volke die Ansicht wachzurufen, daß ein deutsches Land auch dort vorhanden sei, wo sich auch nur ein Deutscher befinde. Auf Grund dieser Ansicht können die Alldeutschen auch Ansprüche auf den größten Theil Rußlands erheben, weil, Dank der früheren Politik Rußlands, Deutsche fast nirgend im russischen Reiche fehlen. Die Russen verfolgen jetzt mit großem Eifer den Kampf zwischen den Deutschen und Slaven in Oesterreich und befürchten, daß falls die Deutschen siegreich hervorgehen sollten, der deutsche Chauvinismus schon keine Grenzen mehr kennen würde.“

Aus Nr. 112 der Nowa Reforma
vom 18. Mai 1899:

In Sachen des Teschener polnischen Gymnasiums

schreibt die Gwiazda Cieszyńska:

„Wie bekannt, hat die polnische Fraktion in den Sitzungen vom 2. und 3. Februar d. Js. ausführlich über die politische Lage diskutiert und ein Communiqué erlassen, worin ein Passus der Sache des Teschener polnischen Gymnasiums gewidmet war. Wir haben daraus ersehen, daß man Dank, der von der polnischen Fraktion gespendeten Hilfe, für dieses Gymnasium die materielle Sicherung seiner ständigen Existenz, mit anderen Worten, eine hohe Subvention herausgeschlagen hat. Soviel uns bekannt ist, hat die Macierz szkólna (der Schulverein) sofort ein Gesuch um Gewährung von Subvention eingereicht, welches bisher jedoch noch keine Erledigung gefunden hat.

Wir müssen gestehen, daß die Behauptung, die Existenz unsres Gymnasiums sei gesichert, fast überall auf ernste Zweifel gestoßen ist. Die bisherigen traurigen Erfahrungen haben uns nämlich gelehrt, selbst der polnischen Fraktion nicht zu trauen. Wieviel Mal hat man uns in den Jahren 1896 und 1897 versichert, dem polnischen Gymnasium werde das

Recht der Deffentlichkeit zugestanden werden. Wir haben lange gewartet, und hätten dies wahrscheinlich noch bis heute gethan, wenn die polnische Presse und die polnische Gesamtheit, die polnische Fraktion nicht gezwungen hätten, sich mit dieser brennenden Frage zu befassen. Dasselbe geschah mit der Verstaatlichung dieser Anstalt. Im Oktober 1898 versicherte der Vorsitzende der Fraktion, Herr von Jaworski einer Deputation des Schulvereins, die Sache sei auf gutem Wege, und schon im Januar 1899 wurde mit einem Male die traurige Mittheilung, der Kultusminister habe die Verstaatlichung abgelehnt. Da wir Derartiges erfahren hatten, fiel es uns, weil wir keine Kinder sein mochten, schwer, der dünnen Behauptung Glauben zu schenken, daß das Gymnasium eine reichlich bemessene Subvention erhalten werde.

Die Folgen jener, wie wir sehen, unbegründeten Gerüchte waren für unser Gymnasium todbringende. Viele glaubten, das Teschener Gymnasium bedürfe keiner Hilfe mehr, und sie wandten ihre Opferwilligkeit anderen Zwecken zu. Die Einkünfte und die Mittel des Schulvereins begannen gewaltig zusammenzuschmelzen, und wenn die Ungewissheit, in der wir leben, noch ein halbes Jahr lang andauern sollte, dann steht das Gymnasium am Rande des Grabes. Der letzte Kassennachweis des Schulvereins mußte so Manchem die Augen darüber öffnen, daß es so nicht weiter geht. Wir rufen hier zwecks besseren Verständnisses obiger Worte den Schlusssatz des Berichtes des Schulvereins ins Gedächtniß, welcher lautet: „Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, die Aufmerksamkeit der polnischen Gesamtheit auf die bedrohliche Lage unserer Anstalt zu lenken, um uns für die Zukunft nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß wir den wahren Thatbestand zum Schaden der Sache zur richtigen Zeit nicht veröffentlicht hätten.“

Die Lage des polnischen Gymnasiums gestaltet sich noch drohender mit Rücksicht auf den Mangel einer Unterkunft für die weiteren Klassen. Für das künftige Schuljahr reicht das gemiethete Haus noch hin, jedoch für die weiteren Klassen wird in diesem Gebäude kein Platz mehr vorhanden sein. Es gilt also durchaus zum Bau eines Gymnasialgebäudes zu schreiten. Der Platz ist bereits angekauft, die Pläne werden bis zum 15. Mai d. Js. fertiggestellt sein, aber es ist kein Geld zum Bau vorhanden, und wenn man die polnische Gesamtheit noch ferner mit dem Märchen täuschen wird, daß die Existenz unseres Gymnasiums gesichert sei, dann kann sich das, was der Schulverein voraussieht, leicht erfüllen, zum großen Schaden für die polnische Sache, zur Freude unserer Feinde, zum völligen Unmuthigwerden der polnischen Bevölkerung Schlesiens.

Darum wenden wir uns an die polnischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Rechten, welches in Wien zusammentreten soll, mit der heißen Bitte, in der nächsten Zeit die Angelegenheit betreffend die Subvention für das Teschener polnische Gymnasium zur Erledigung zu bringen. Obgleich wir dazu absolut nicht autorisirt sind, erklären wir auf Grund der Erfahrung, daß ein weiteres Verzögern der Erledigung des Gesuchs um Gewährung einer Subvention schlimmer ist, als ein ablehnender Bescheid. Gegenwärtig ist Alles in der Schwebe; so kann es nicht weitergehen, sonst steht der Fall der Anstalt bevor. Ein ablehnender Bescheid wird unserer Anstalt sogar weniger schaden, als eine lange währende Ungewissheit! Möge sich die polnische Fraktion die Wahrheit dessen wohl gegenwärtig halten, daß es sich im gegebenen Falle nicht nur um die Existenz des polnischen Gymnasiums, sondern auch um unsere Existenz handelt! Sollte das Gymnasium zu Fall kommen, dann ist der Sarg für die polnische Bevölkerung Schlesiens fertig!

Aus Nr. 114 der Gazeta Toruńska
vom 20. Mai 1899:

Die Polen im russischen Reiche

gelangen immer mehr zu Wohlstand und die Wunden, welche ihnen die blutigen Aufstände zugefügt haben, heilen schnell. Besonders in der Industrie und im Handel nehmen sie immer einträglichere Stellungen ein. Herr Wladislaus Zukowski, Direktor der Brianskischen Anstalten, beendet soeben, wie ein Korrespondent des Warschauer Slowo meldet, seine umfangreiche Arbeit über die Betheiligung der Polen an Industrie und Handel im russischen Reiche. Die sehr erschöpfenden und auf Quellenstudien beruhenden Berechnungen dieser Arbeit betreffen die Betheiligung der Polen als Vorstands- und Aufsichtsrathsmitglieder von Aktiengesellschaften, als leitende Direktoren von Aktien- und Kreditunternehmungen, als Buchhalter und verantwortliche Beamte in Aktiengesellschaften, als Besitzer und Mitarbeiter in industriellen und kaufmännischen Unternehmungen, die nicht auf Aktien begründet sind.

Berücksichtigt ist ferner die Betheiligung der Polen als verantwortliche Agenten von ausländischen Gesellschaften, welche im russischen Reiche operiren. Ähnliche Berechnungen sind über die Petersburger, Moskauer, Warschauer, Lodzer, Wilnaer u. s. w. Verhältnisse angestellt worden. Diese mühevollen Arbeit ist von großer Tragweite um so mehr, als sie auf glaubwürdigen Daten basiert, die nur Wenigen zugänglich sind. Im Charakter von Vorstands- und Aufsichtsrathsmitgliedern von Aktiengesellschaften sind Polen betheiligt: in Versicherungsgesellschaften mit 13,27 Prozent; in Warrant-, Lager- und Transportgesellschaften mit 10,81 Prozent; in Unternehmungen zur Einrichtung und Unterhaltung von zum öffentlichen Gebrauch bestimmten Immobilien mit 13,72 Prozent; in Handelsunternehmungen mit 10,25 Prozent; in Unternehmungen land- und forstwirtschaftlicher Natur mit 26,20 Prozent; im Bergbau 10,35, in Druckereien und Buchhandlungen 10,92, in der Weberei 14,89, in der mechanischen und Maschinenproduktion 19,60, in der Metallbearbeitung 16,78, in der Mühlen- und Stärkeindustrie 4,29, in der

Getränkproduktion 16,94, in der Zuckerproduktion 40,51, in Tischlereien 44,45, in der chemischen Produktion 7,37, als verantwortliche Agenten ausländischer, im russischen Reiche operirender Aktiengesellschaften 22,70 Prozent.

Wenn man obige Ziffern liest, so darf man nicht vergessen, daß die polnische Bevölkerung in dem riesigen russischen Reiche nur etwa 8 Prozent ausmacht. Das beweist, daß das Wachsen des russischen Reiches auch für die Polen von Vortheil ist.

Aus Nr. 117 des Dziennik Kujawski
vom 24. Mai 1899:

Aus Oesterreichisch-Schlesien.

Aus Teschen schreibt man einem Lemberger Blatt:

„Der Fürstbischof Kopp wies anlässlich eines besonderen Falls die Parochialbeamten (oder Pfarrer) seiner Diözese im österreichischen Antheil an, alle schriftlichen Angelegenheiten mit Behörden und Beamten in deutscher Sprache zu erledigen. Die Parochialbeamten sollen sich in Zukunft ebenso verhalten, wie sie dies bisher gethan haben und keine neuen Aenderungen in der Erledigung ihrer Korrespondenzen einführen. — Diese Verfügung steht im Zusammenhange mit den Spracherlassen in Teschen. Die tschechischen Präpöste, welche zum Breslauer Bisthum gehören, haben ihre Korrespondenzen mit den Gerichten in tschechischer Sprache geführt, in Folge dessen haben sich die Gerichte bei dem Kardinal beschwert, welcher obige Verfügung getroffen hat.“

Uns erscheint vorgenannte Mittheilung unwahrscheinlich, denn wir können nicht glauben, daß der Kardinal Kopp auf die slavische Geistlichkeit in dieser unentschiedenen und so reizbaren Sache einen solchen Druck ausüben wird.

Einige Beispiele für die Anwendung der
Methoden der Differentialrechnung
in der Physik und Chemie
sind in den folgenden Kapiteln
dargestellt.

Die Methoden der Differentialrechnung
sind in der Physik und Chemie
von großer Bedeutung.
Sie ermöglichen es, die
Veränderung einer Größe
in Abhängigkeit von einer
anderen Größe zu berechnen.
Dies ist besonders wichtig,
wenn es um die Bestimmung
von Geschwindigkeiten und
Beschleunigungen geht.
In der Chemie werden diese
Methoden zur Untersuchung
von Reaktionsgeschwindigkeiten
und Gleichgewichten eingesetzt.

Die Methoden der Differentialrechnung
sind in der Physik und Chemie
von großer Bedeutung.

Die Methoden der Differentialrechnung
sind in der Physik und Chemie
von großer Bedeutung.
Sie ermöglichen es, die
Veränderung einer Größe
in Abhängigkeit von einer
anderen Größe zu berechnen.
Dies ist besonders wichtig,
wenn es um die Bestimmung
von Geschwindigkeiten und
Beschleunigungen geht.
In der Chemie werden diese
Methoden zur Untersuchung
von Reaktionsgeschwindigkeiten
und Gleichgewichten eingesetzt.